

Correspondent.

Bezugspreis monatlich 35 Pf.; bei Abholung von den Abgabestellen 1 Mk. 1,20 Mk., durch den Postträger mit dem Postbezogen 1,30 Mk., durch den Postträger mit dem Postbezogen 1,50 Mk. Einzelnummern 5 Pf.
Erscheint wöchentlich 6 mal wöchentlich halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen; in den Abgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
essentliches illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
essentliche landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeitspalte oder deren Raum 1 Stadt u. Kreis Merseburg 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Kleinste Anzeigen 25 Pf. Bestimmen von Seite 20 bis 21. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden dem unteren Geschäftskollegen sowie familiären Verwandten entgegengenommen.
Nachdem unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 20.

Donnerstag den 24. Januar 1907.

33. Jahrg.

Vom „Niveau“ des Reichstages.

Ehe noch der neue Reichstag beifammen ist, ja sogar ehe er noch gewählt ist, gibt es bereits Leute, denen um sein künftiges Aussehen bange ist. „Der schlichte Mann aus der Werkstätte“, von dem angenommen wird, daß er diesmal nicht nur auf der äußersten Linken des Hauses, sondern auch in den Reihen anderer Parteien sich erheblich zahlreicher als bisher einstellen wird, verursacht gewissen Leuten bereits Befürchtungen. So liest man in einem hervorragenden „nationalen“ Blatte: „Einst seien im Reichshaus als Erwählte des Volkes seine berufenen geistigen Führer, die Elite der „Intellektuellen“, versammelt gewesen. Je mehr aber in der Politik die materiellen Interessen in den Vordergrund getreten seien, und je mehr der Ton im politischen Wahlkampf durch die Schuld der Sozialdemokraten verrohrt sei, um so mehr hätten sich geistig hervorragende Männer aus dem politischen Leben zurückgezogen, und mit der Zeit zu Führern der großen und immer größer gewordenen „Partei der Nichtwähler“ zu werden. Und gerade der gegenwärtige Augenblick sei dazu angeht, dieses unerfreuliche Thema von dem gesunkenen geistigen Niveau des Reichstages von neuem zu erörtern. Das nationale Blatt bebaute dann insbesondere, daß jetzt alljährl. statt nach sozialbuchhaltenden Kandidaten nach dem „schlichten Mann aus der Werkstätte“ gesucht werde, was nicht gerade wünschenswert sei. Denn besser sei es, daß der Mann, dem die Würde eines Reichstagsabgeordneten anvertraut werde, auf einer geistig so hohen Warte stehe, daß er sich den nötigen Überblick über die Gesamtheit der mit einander in Konflikt geratenen Interessen bewahren könne.“

Die Klage ist doch wohl nicht berechtigt genug. Der, der solche Befürchtungen ausdrückt, überschätzt offenbar den Umfang, in welchem der schlichte Mann aus der Werkstätte im nächsten Reichstage erscheinen wird. Von der sozialdemokratischen Partei sei da natürlich von vornherein abzusehen. Von den übrigen Parteien kommt bekanntlich in der Hauptsache in Betracht das Zentrum. Dieses hat ja mit der Aufstellung von Arbeiterkandidaturen einen großen Anstoß genommen. Aber man darf nicht vergessen, eine erhebliche Anzahl dieser Arbeiterkandidaturen des Zentrums betrifft Wahlkreise, in denen der Sieg des Zentrums noch durchaus nicht als gewiß angesehen werden kann. Weiter aber sind andere Kandidaturen dieser Art vom Zentrum auch bereits zurückgezogen worden. Wir erinnern da namentlich an Dönanrüd. Dort haben die feudalen Herren, die dem Zentrum angehören, und in ihm nach wie vor eine hervorragende Rolle spielen, nicht eher gerubt, als bis Herr Schwedemann auf seine Kandidatur verzichtet hat. Aber selbst wenn wirklich die Zahl der Arbeitermitglieder in den bürgerlichen Parteien wesentlich in dem neuen Reichstage zunähme, so brauchte deswegen von einem „Sinken des geistigen Niveaus“ wohl noch nicht gesprochen zu werden. Man wird nicht vergessen dürfen, daß, wenn schon früher über einen solchen Niveau-Rückgang Klage geführt worden ist und auch tatsächlich geführt werden durfte, so sind daran nicht die Arbeitermitglieder, nicht die schlichten Leute aus der Werkstätte, sondern die Intellektuellen Schuld gewesen. Das wird niemand bestritten wollen, wer sich vergegenwärtigt, in wie ungebührlichem Maße im Gegensatz zu den ersten Jahren nach Gründung des neuen deutschen Reiches und zwar so ungefähr seit 1878, bei dem Reichstage die Meinung gestiegen ist, die materiellen Interessen und deren Wahrung in den Vordergrund zu rücken. Das Unrecht hat mit der Zeit jede Scham verloren; dieses Wort, das ja auch im Reichstage selber eben-

sowohl bei der Beratung des Zolltarifgesetzes von 1902 wie auch neuerdings bei der Erledigung von Wahlprüfungen wiederholt gefallen ist, hat seine volle Berechtigung. Und den schlichten Leuten aus der Werkstätte, die auf der äußersten Linken des Hauses je bekanntlich in größerer Anzahl sitzen, darf wenigstens die Anerkennung nicht verweigert werden, daß gerade sie es gewesen sind, die der Wahrnehmung der rein materiellen Interessen, wie es beim Zolltarif, sei es bei der Branntweinsteuer-Gesetzgebung, sei es auch bei der Zuckersteuer-Gesetzgebung oder auch beim Bürgerlichen Gesetzbuch (vide Hafenschaden!) usw. usw. den größten Widerstand entgegengesetzt haben. Und Hilfe hat ihnen dabei geleistet nur ein Teil der „berufenen geistigen Führer“, nur ein Teil der „Elite der Intellektuellen“. Besser wird es mit dem Niveau des Reichstages dann erst und nur dann werden, wenn auch das Gros der Intellektuellen sich wieder mehr die Wahrnehmung der Ideellen, und nicht mehr dermaßen wie bisher die Wahrnehmung der materiellen Interessen wird angelegen sein lassen.

Zu den Wahlen.

Aus dem Reichstagswahlgesetz.

Das Wahlverfahren, das bei den diesmaligen Reichstagswahlen eingehalten wird, ist zwar schon im Jahre 1903 in Übung gewesen; immerhin dürfte es angezeigt sein, einige Bestimmungen ins Gedächtnis zurückzuführen. Zunächst ist die Wahlzeit gegen früher um eine Stunde verlängert worden; jetzt, wie auch schon 1903, können von 10 Uhr morgens bis 7 Uhr abends Zettel abgegeben werden. Wähler, die zwar vor 7 Uhr im Abstimmungsraum anwesend sind, aber noch nicht gewählt haben, können nach 7 Uhr nicht mehr abstimmen. Wer also trotz des Ganges zur Urne sein Wahlrecht nicht verlieren will, muß dafür Sorge tragen, daß mit dem Schlage sieben sein Zettel abgegeben ist. Bei den Beratungen im Reichstage im Jahre 1903 über die Abänderung des Wahlreglements wurde zwar gewünscht, die um 7 Uhr Anwesenden noch stimmen zu lassen, doch wurde dem Wunsch keine Folge gegeben.

Generell ist auf die wesentlichen Erhöhungen zu verweisen, die der Schutz des Wahlgeheimnisses durch die Errichtung der Isolierzimmer sowohl wie durch die zwingende Vorschrift über die Beschaffenheit der Wahlzettel erfahren hat. Die Isolierzimmer oder Wahlzellen, die in der ersten Zeit als „Wahllosets“ lächerlich gemacht wurden, sollen dem Wähler ermöglichen, seinen Zettel unbekachtet in den Umschlag zu stecken, ohne den Zettel angenommen werden darf. Sie sind entweder durch Herrichtung eines Nebenraumes oder durch Aufstellung von Nebentischen mit hohen Seitenwänden abseits vom Vorstandstische in der Art zu treffen, daß sie nur vom Wahlstol aus betreten werden können. Die Stimmzettel selbst dürfen nur von weissem Papier sein und kein Kennzeichen tragen, damit nicht aus der Farbe des Zettels auf die politische Farbe des Wählers geschlossen werden kann.

Ungültig sind: Stimmzettel, die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind; Stimmzettel, die nicht von weißem Papier sind; Stimmzettel, die mit einem Kennzeichen versehen sind; Stimmzettel, die keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten; Stimmzettel, aus denen die Person des Gewählten nicht unweifelhaft zu erkennen ist; Stimmzettel, die auf eine nicht wählbare Person lauten; Stimmzettel, die eine Veränderung oder einen Vorbehalt enthalten. Mehrere in einem Umschlag ent-

haltende gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme; in einem Umschlag enthaltene, auf verschiedene Personen lautende Stimmzettel sind ungültig. Stimmzettel, auf denen ein Name durchgeschrieben und ein anderer geschrieben ist, sind gültig. Wahlzettel, die außer dem Namen ein Gebicht enthalten, sind ebenfalls gültig, nur darf das Gebicht keinen Namen enthalten. Unterschriebene Stimmzettel sind ungültig. Die Befügung eines Stimmzettels gilt nicht als ein Vorbehalt gegen den Gewählten, weshalb der sonst einkundredire Stimmzettel gültig ist. Zu den nicht wählbaren Personen gehören u. a. die Landesherren, also auch der deutsche Kaiser, da nur die Regierten, nicht aber auch die Regierenden wählen und gewählt werden können. Der Reichskanzler dagegen oder der Kolonialdirektor J. V., der in den letzten Tagen als Kandidat genannt worden ist, können gültig gewählt werden, nur können diese die Wahl nicht annehmen, solange sie Bundesratsmitglieder sind und also solche wegen des Grundgesetzes der sogenannten Incompatibilität, der in Art. 9 der Reichsverfassung ausgesprochen ist, nicht gleichzeitig dem Bundesrat und Reichstage angehören können.

Wahlberechtigt ist jeder Deutsche männlichen Geschlechts, welcher das 25. Lebensjahr am Wahltag zurückgelegt hat, also spätestens am 25. Januar 1882 geboren ist. Ausgeschlossen von der aktiven Wahlberechtigung sind nur folgende Personen: 1. Personen des Soldatenstandes, des Heeres und der Marine, so lange sich dieselben bei der Fahne befinden; dennoch sind Zahlmeister und Gen darmen, nicht aber Jubiläumspyranthen für wahlberechtigt erachtet. 2. Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen. 3. Personen, über deren Vermögen Konkurs gerichtlich eröffnet ist, und zwar während der Dauer dieses Konkursverfahrens. 4. Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldmitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre, also seit dem 25. Januar 1906 bezogen haben. 5. Personen, denen infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuss der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingestiftet sind.

Das Wahlrecht ist auszuüben am Heimatorte, d. h. da, wo man am 28. Dezember oder 4. Januar, d. h. zur Zeit der Aufstellung der Wählerliste wohnt. Wer nach dem 4. Januar verzieht, übt sein Wahlrecht an seinem früheren Wohnort aus.

Ist der Preuze nur in Preußen, der Bayer nur in Bayern u. wahlberechtigt? Nein, jeder Deutsche ist überall wahlberechtigt, wo er seinen Wohnort im Deutschen Reich hat, einerlei, in welchem der 26 deutschen Staaten er staatsangehörig ist. Der Preuze ist also in Bayern, in Sachsen, in Württemberg usw. wählbar und wahlberechtigt. Ebenso natürlich umgekehrt.

Bündler und Konservative gegen einander.

Das Wahlkomitee für den freikonservativen Landtagsabgeordneten Köcher-Reuhof, welcher in der Däpzig gegenübergestellt ist, sagt dem Bund der Landwirte in einem Wahlaufruf folgende Wahrheiten: „Leider wissen viele Bauern noch nicht, daß von ihren Bauer verbienten Geldern, die sie an den Bund schicken, meist nur verkrachten Offizieren und Herren vom Abel das Bett gemacht wird. Das ist das Bezeichnende für den Bund, daß er eine bürgerliche Kandidatur in ganz gebäffiger Weise bekämpft, während er die

Reichslagskandidat aller liberal gestimmten Wähler ist
Gutsbesitzer Koch = Unterjarnstedt.

Kandidatur des Abels fördert, obgleich dem Bunde circa 170 000 Kleingrundbesitzer und nur circa 10 000 Großgrundbesitzer angehören. Ebenso wie Herr Löcher, ergibt es auch dem Bauernzugsbesitzer Stauffer im Wahlkreis Homburg-Kusel und Herrn Fuhrmann im Kreise Dierburg-Stendal. Beide Herren fügen sich nicht der Bundesleitung. Herr Fuhrmann ist bereits aus dem Bunde ausgeschieden. Herr Stauffer wird es wohl nicht anders gegangen sein. Wie dort, so auch hier handelte die Bundesleitung getreu nach den Grundfragen der Sozialdemokratie: "Wer nicht pariert — fliegt!"

Zufriedene Arbeiter kann die Sozialdemokratie nicht brauchen, das weiß man nach den ganzen Tendenzen der Sozialdemokratie. Es ist aber auch ganz gut, das durch eine Ausweitung eines der sozialdemokratischen Parteipapire offiziell bekündigt zu sein. Die "Nordd. Allg. Ztg." erinnert daran, das Singer in einer sozialdemokratischen Versammlung zu Halle a. S. im November 1903, als über die Beschaffung billiger Wohnungen für die Arbeiter beraten wurde, gesagt hat: "Es fällt mir nicht ein, dem Arbeiter eine besondere Bürde zu braten. Denn wenn er eine bessere Wohnung hat, so ist er zufrieden, und wenn er zufrieden ist, so ist er für unsere Zwecke nicht zu haben." Die Arbeiter können hieraus erkennen, das sie positive Leistungen für ihre Wohlfahrt von der Sozialdemokratie nicht zu erwarten haben, da es ja das Parteinteresse erblickt, die Arbeiter unzufrieden zu erhalten.

Wegen der früher mehrfach vorgekommenen Doppelwahlen hat, wie man und mitteilt, der Minister des Innern ein Rundschreiben erlassen. Nach dem § 7 des Wahlgesetzes und nach der Rechtsprechung darf ein Wähler nur an einem Orte wählen. Nun ist es aber vielfach festgestellt, das eine größere Zahl von Personen, die in städtischen Wählerlisten verzeichnet stehen, auf Antrag auch in ländliche Listen aufgenommen worden sind. Die Ersuchen von Gemeinbehörden, die betreffenden Personen in den Listen zu streichen, sind oft unbeachtet geblieben, weil doppelte Eintragungen an sich zulässig sind. Zur Vermeidung von Mißverständnissen, die von einzelnen Personen aus der doppelten Eintragung hergeleitet werden könnten, wird darauf aufmerksam gemacht, das solche Wähler, die an zwei Orten ihr Wahlrecht ausüben, sich ebenso wie die Personen, welche auf den Namen einer anderen Person wählen, einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen. Mit aller Strenge soll gegen solche und andere Wahlmandatvergehen vorgegangen werden.

Führt den Wahlkampf sachlich! Die "Braunsche, Neue Gesellschaft", ein sozialdemokratisches Organ, das im allgemeinen anhängiger redigiert wird, als die übrige Genossenschaft, sucht es in ihrer letzten Nummer zu verdeutlichen, das der Ton der sozialdemokratischen Redner und Vorgesang in dem gegenwärtigen Wahlkampf gegenüber der Freisinnigen besonders roh und unanständig ist. Zur Entschuldigungsverpflichtung schreibt aber das sozialdemokratische Wochenblatt: "Der bornierte Junker ist hoffnungslos, der nationalliberale Scharfmacher verachtenswert, jedoch der Schreckliche der Schrecken ist der Esel, der es gut meint."

Zentrumsblätter rächen sich für die liberalen Bescheidungen über geistliche Wahlbeeinflussungen durch einen Hinweis auf eine Mitteilung in einem evangelischen Kirchenzettel in dem "Denaburger Tagbl.". Es heißt daselbst: Sonntag, den 20. Jan. 1907, St. Marienkirche, Abendpredigt: Pastor Dr. Pfannschke, Thema "die Reichstagswahl". Die Zentrumsblätter haben, wenn sie auf diese von evangelischer Seite gegebene resp. verurteilte Wahlbeeinflussung von der Kanzel herab aufmerksam machen, leider nicht Unrecht. Will man, das die katholische Geistlichkeit sich der geistlichen Wahlbeeinflussung enthält, so muß dieselbe Forderung auch an die Funktionäre der evangelischen Kirche gerichtet werden.

Herr v. Kröcher, der Präsident des Abgeordnetenhauses, hat mit dem Dementi seiner Befehle darüber, wie er die Regierung seinen persönlichen Wünschen gefügig macht, wenig Glück. Obwohl er die Presseberichte über seine Rede in diesem Punkte als "erkunten und erlogen" hat bezeichnen lassen, hat die "Rationalistische" ihre Mitteilung sofort aufrecht erhalten. Jetzt erklären mehrere Zuhörer der von Herrn v. Kröcher in Befehlen gehaltenen Wahlrede im "Westf. Allg." folgendes: "In der vor 14 Tagen von den Konservativen hier eintretenden öffentlichen Wählerversammlung sagte der Reichstagskandidat v. Kröcher: 'Ich kann der Regierung Schwierigkeiten machen, indem ich als Präsident des Abgeordnetenhauses Anträge an der Regierung nicht genehmen lassen auf die Tagesordnung setze.' Wegen dieser Äußerung hat bedrängt, hat Herr v. Kröcher jetzt die Stim, in den Zeitungen zu erklären: 'Dies ist erkunten und erlogen.' Wie glauben aber unseren eigenen Ohren mehr als

Herrn v. Kröcher und sind nicht so "dämlich", einen "Anhängler der christlichen Weltanschauung" zu wählen, der es mit der Wahrheit so wenig genau nimmt. Wir können Herrn v. Kröcher jetzt unsere Stimmen nicht mehr geben, wie wir es anfänglich beabsichtigten."

Der englisch-amerikanische Zwischenfall

ist noch nicht geklärt. Wie wir gleich voraussetzten, werden beiderseits offizielle Verlautbarungsbüros unterzogen. Eins steht aber fest: Die Amerikaner haben Kingston verlassen, ihre Kriegsschiffe sind nach den heimischen Gewässern zurückgekehrt. Wie ein Telegramm aus Washington meldet, teilte der Chefkommandant der Nordatlantischen Flotte, Goans, dem Marineabteilung mit, das Kommandant Admiral Davis am Montag morgen mit den Schiffen "Missouri", "Anibania" und "Danton" in Quantanamo eingetroffen ist.

Die englische Regierung bemüht sich, dem unangenehmen Zwischenfall eine möglichst harmlose Wendung zu geben. Kriegsminister Halbane telegraphierte an den Staatssekretär des Auswärtigen der Vereinigten Staaten mit Beziehung auf einen in den Zeitungen veröffentlichten Brief, der angeblich von dem Gouverneur von Jamaica herührt: "Ich kann nur sagen, das ich, der ich für die Truppen auf Jamaica verantwortlich bin, ein tiefes Bedauern empfinde gegen den Admiral Davis für seine ebendortige Hilfeleistung gegen."

Gouverneur Swettenham ersuchte am Montag die britische Regierung telegraphisch, den Vereinigten Staaten von Amerika den herzlichsten Dank Jamaica zu übermitteln für die schnelle und kraftvolle Hilfe, die Admiral Davis geleistet habe. Swettenham erwähnt in seinem Telegramm nichts von irgend einer Reibung. Das Kolonialamt verlangte von Swettenham telegraphisch die Einzelheiten über den Zwischenfall. Der Staatssekretär des Auswärtigen Grey antwortete auf die offizielle Anfrage aus Washington, ob die britische Regierung weiter Unterstutzung in Geld oder auf andere Weise für Jamaica annehmen geneigt sei, das das Anerkennen dankbar geschieht werde. Swettenham habe bis jetzt noch nicht ausführlich darüber berichtet, was erforderlich sei, doch scheint jetzt, nachdem einige Tage vergangen seien, keine Notwendigkeit mehr vorzuliegen, die Großzügigkeit der Vereinigten Staaten noch weiter in Anspruch zu nehmen. Staatssekretär Grey schließt mit den herzlichsten Dankesbezeugungen Swettenham für die erhaltene Hilfe. In den offiziellen Kreisen ist man der Ansicht, das die Washingtoner Regierung in dieser Angelegenheit nichts unternehmen wird.

In Washington scheint man die englischen Beschwichtigungsbüros recht kühl aufzunehmen. An Kriegsminister Halbane ist auf seine Depesche an Staatssekretär Root folgendes Antworttelegramm abgegangen: Der Präsident hat von Ihrem Telegramm mit großer Genugtuung Kenntnis genommen und ist erfreut, wenn die Nähe unseres Landes es ermöglicht hat, der schwer betroffenen Bevölkerung von Jamaica in ihrer Not irgend wie helfen zu können. Wenn wir aber wegen dieser Nähe, und solange Ihre Kriegs- und Transportschiffe noch nicht angekommen sind, irgend welche fernere Hilfe leisten können, so rechnet der Präsident bestimmt darauf, das Sie sich ohne Zögern an ihn wenden werden, da wir wissen, wie gern Sie in umgekehrten Falle uns dieselbe Hilfe angedeihen lassen würden. In Vertretung des Staatssekretärs gen. Bacon. Weiter wird aus New York gemeldet, das der dortige Bürgermeister von dem Bürgermeister von Kingston ein Telegramm erhalten hat, in dem dringend um Hilfe seitens der Amerikaner gebeten wird.

Zur Lage in Rußland.

Die Urwahlen zur zweiten Reichsduma, die bisher vollzogen wurden, haben der Regierung bereits unangenehme Uebererraschungen bereitet. Bei den Wahlen der Petersburger Arbeiterbevollmächtigten, denen es obliegt, 24 Wahlmänner für die Wahl der Dumaabgeordneten zu wählen, wurden am Sonntag, wie nunmehr festgestellt ist, 94 Bevollmächtigte gewählt, darunter 1, welcher sich den Sozialrevolutionären anschließt, 22 zur Linken stehende Parteiloze, 38 Sozialdemokraten, 4 welche sich den Sozialdemokraten anschließen, 4 Kadetten, 23 gemäßigte Parteiloze, 2 zur Rechten stehende Parteiloze. Nach Nationalitäten wurden gewählt 85 Russen, 6 Polen, 2 Esten, 1 Deutscher. Infolge der späten Bekanntgabe des Wahlzuges wurde nur in 91 von 131 Fabriken gewählt. Von 25 000 in den Fabriken, in denen die Wahlen stattgefunden haben, registrierten Arbeiter waren 10 000 zur Wahl erschienen. Die Opposition überwiegt also, und nicht anders war es bei den Urwahlen in Transkaukasien, die vor einigen Tagen vorgenommen worden sind. Ihr Ergebnis dürfte der Regierung wenig Freude

bereiten, um so weniger, als man sie als Signal für den Verlauf der Wahlen im Kaufkas annehmen dürftig ist. Wie aus Aschabad, wonach sich der Rückfluß auf die übrigen Bezirke Turkestans nicht läßt, berichtet wird, gehören von 22 Wahlmännern nur 2 den nicht oppositionellen Parteien an, die übrigen 20 sind Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre, unter ihnen 13 Eisenbahnangestellte. Im Bezirk Tschelkent ist der eine Wahlmann Kadet. Wie nach der "Köln. Ztg." verlautet, soll der Gouverneur von Kasanien dem Minister des Innern berichtet haben, es ließe dort ein Wahlzettel der Kadetten zu emittieren. Ausschlaggebend sind ja hier allerdings Rumänen und Juden. Immerhin bleibt die Nachricht, wenn sie sich bewahrheiten sollte, recht interessant, da Kasanien als Hauptarbeitsgebiet der wahrhaft russischen Leute gilt und der bekannte Veranlasser der Judenbergen, Kruschwan, dort eine eifrige Tätigkeit entwidelt.

In Finanzdementierungslagen ist die russische Regierung besonders groß. So erklärt neuerdings wieder gegenüber den von den Vätern verbreiteten Gerüchten über eine Reise des Finanzministers nach Paris zu dem Zweck, das Terrain für die Möglichkeit einer neuen Anleihe im Ausland zu sondieren, sowie gegenüber den Gerüchten über eine Anleihe, die durch Uebertragung des Betriebes einiger Eisenbahnen an ein Bankinstitut garantiert werden soll, das Finanzministerium, das diese Gerüchte, auf einer Erfindung beruhen. Jemand habe Vorbesprechungen über diesen Gegenstand mit irgend jemandem gepflogen. (?)

Die Demission des Marineministers Witte ist, wie die "Nowsje Wremja" aus zuverlässiger Quelle meldet, angenommen worden.

Ueber neue terroristische Untaten legende folgende Meldungen vor:

Warschau, 21. Jan. Heute abend wurde der Stationschef des Bahnhofs der Warschauer-Petersburger-Bahn von Unbekannten überfallen und durch Revolverschläge verunndet.

Alexandrien, 21. Jan. Meldung des "Russeischen Bureau". Wegen der Verhaftung der drei Russen, die einen russischen Postdampfer in die Luft zu sprengen versuchten, schlug gestern ein Volkshaufen das Schild des russischen Konsulats herunter. Mehrere Personen begaben sich auf den Postdampfer, um die Gefangenen zu suchen, die sie jedoch nicht fanden. Das russische Konsulat ist durch Polizeitruppen streng bewacht. Die Gefangenen gehen zu, Russen zu sein.

Deutschland.

(Die Angelegenheit Schmidt contra Koeren) wird doch vor den Gerichten zur Verhandlung kommen, denn wie die "Köln. Volksz." feststellt, sind die Strafankträge Koerens gegen Schmidt bereits am 28. Dezember v. J. eingereicht worden. Herr Koeren erläßt zugleich eine Erklärung, in der er versichert, er werde vor Gericht "nog des drohenden Streikens und der Entstellung" in der Schrift des Herrn Geo Schmidt den "Beweis" bringen, das alles, was er gegen Schmidt vorgebracht habe, "auf voller Wahrheit" beruhe. Der frühere Beihilfleiter G. Schmidt veröffentlicht seinerseits einen offenen Brief an den Justizminister, in welchem er diesen auffordert, gegen den Oberlandesgerichtsrat Koeren, der verurteilt habe, Schmidt's Ehre zu beschandeln und seine Existenz zu ruinieren, disziplinarisch einzuschreiten.

(Militärisches) Die "südwestafrikanische Section" des Großen Generalkomitees ist, nach der "Rhein-Westf. Ztg.", jetzt dem Hauptmann Bayer, früher im Generalstab der Schutztruppe für Südwestafrika, unterstellt. Hauptmann Bayer gehörte dem Hauptquartier des Generalleutnants v. Trotha an, hat den Herero- und den Hottentottenkrieg bis 1906 mitgemacht und ist nach seiner Rückkehr in die Heimat durch den in fünfunddreißig Säbden gehaltenen Vortrag "Der Krieg in Südwestafrika und seine Bedeutung für die Entwicklung der Kolonie" auch in den weitesten Kreisen vortrefflich bekannt geworden. In der Budgetkommission des Reichstages hat Hauptmann Bayer, zusammen mit seinem Abteilungschef, Oberstleutnant Kuhl, die kolonialen Nachtragsgesetze vertreten.

(Sozialdemokraten als Arbeitgeber.) Bei dem großen Kampfe in der Berliner Holzindustrie stehen die sozialdemokratischen Forderungen, deren es in Berlin eine so große Zahl gibt, das sie einen eignen Verein bilden könnten, Schuller an Schuller mit den bürgerlichen Arbeitervereinen gegen den Holzarbeiterverband. Fast alle diese sozialdemokratischen Arbeitervereine waren früher Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, den sie jetzt noch eifriger und schärfer als ihre bürgerlichen Kollegen bekämpfen. Natürlich werden gerade diese sozialdemokratischen Arbeitgeber auch am bestigsten von den Arbeitern befehdt.

Vierländer Gänse, Enten, Foularden,
junge Hähnen, Fasanen,
Perlhühner, Capanner, Grotzhühner,
frische Tomaten,
frischen russischen Salat
empfiehlt
C. L. Zimmermann.

Verkaufshalber zu verkaufen
Ausbauwerkstätte, Bureau-
tisch, Wagen, Schritten, Felddecke,
Offiziersattel, Selbstfahrer
Zum 14.

Bei rauher Witterung
verwendet man
**Glycerin, Vaseline,
Lanolin, Goldcream,
Glycerinseife,**
6 Stück 45 Pfg.,
in Stücken zu 10, 15, 20, 25 u. 30 Pfg.,
Boroglycerin
in Tuben 20 und 40 Pfg.,
um die Haut geschmeidig zu erhalten.

Oskar Leberl,
Drogen und Farben,
Burgstrasse 16.

Trotz der enorm gestiegenen Preise für
Kakao und Schokolade bin ich durch recht
zeitigen und günstigen Kauf in der ange-
nehmen Lage, folgendes **vorteilhafte Ange-
bot** machen zu können:

Garantiert reinen leichtlöslichen

Kakao
a Pfund von 1 Mark an,
**Hausens Kasseler
Hafer-Kakao**
a Karton 90 Pf.

Garantiert reine
Bruch-Schokolade
a Pfund von 80 Pf. an.

Paul Näther Nachfl.,
Fernsprecher 343. Markt 6.

Ziehung 20.-23. Februar
in Berlin im Dienstgebäude der Kgl.
General-Lotterie-Direktion.
Wohlfahrts-Lose 3 30
(Porto u. Liste 20 Pf. extra) z. Zwischen
der deutschen Schutzgebiete.
12 977 Geldgewinne, zusammen Mark

490000
Hauptgewinn: Mark
75000
50000
25000
15000

3 5000 = 15000
10 2000 20000
20 1000 20000
40 500 20000
100 200 20000
200 100 20000
600 50 30000
3000 30 90000
9000 10 90000

Anzahl der Lose 420 000.
Lose Kgl. Lotterie-Einnahmen
und durch Plakate kenntlich an Ver-
kaufsstellen. Wo nicht, versendet diese
Lose die
Lose-Vertriebs-Ges. Kgl. Preuss.
Lotterie-Einnahmen, G. m. b. H.
Berlin, Monbijouplatz 1.

Max Herrfurth,
Photograph,
Breitestrasse 8.

Sohelegant und modern eingerichtet
Zauberhafte Ausführung.
**Ansichten von Merseburgs
Sehenswürdigkeiten**
und architektonischen Aufnahmen sind
hierbei mit zu haben.

Bürgerliches Brauhaus

empfiehlt

ff. Rocabier

in Flaschen und Gebinden.

Unentbehrlich für jede Familie!



**Underberg -
Boonekamp**
Semper idem.
Fabrikation alleiniges Geheimgesetz der Firma:
H. UNDERBERG-ALBRECHT
Hoflieferant Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm II.
am Rathhause in **RHEINBERG** am Niederrhein.
Gegr. **1846.**
Anerkannt bester Bitterlikör!
24 Preis-Medaillen!
Man verlange
ausdrücklich: **Underberg-Boonekamp.**

Im
Inventur-Ausverkauf
Tisch- und Küchen-Wäsche,
nur Ia. Fabrikate,
extra billig.
H. C. Weddy-Poenicke,
Merseburg, Kleine Ritterstraße.

Beste Ränderspäne
große Posten am Lager. Bei Abnahme ganzer Fuhrten Preisermäßigung.
Dampfsägewerk Jetschke, Hallesche Str. 10/11.

Berger's Amato =
Schokolade
Unübertroffen.

Markt Nr. 10.

Sie treffen
Das Richtige,
wenn Sie weds Ihrer Einkäufe in
wichtigen Dingen die
General-Procureur Parfumerie
Richard Kupper
mit Ihrem gültigen Besuche beehren.
Nur prima Waren.
Anerkannt coulant Be-
dienung.
Niedrige Preise.

Medizinale-Drogen.
Krankenpflege-Artikel.
Verbandstoffe.
Kindernährmittel.
Medizinische
u. Toilette-Seifen u.
Parfümerien.
Farben, Lacke,
Pinsel,
Scharfsartikel für den
Haushalt für Küche u. Wäsche.
Sonderabteilung
Tapeten, Wachtuch,
Linoleum.

Eine
Sammelstelle

für den Wahlfonds des Liberalen
Wahlvereins Merseburg-Duer-
furt befindet sich in der
Expedition des
Merseburger Correspondent,
Delgrube 5.
Beiträge werden dort jederzeit
entgegengenommen.
Der Vorstand
des Liberalen Wahlvereins
Merseburg-Duerfurt.
Speisefartoffeln,
mit Kochend, a Zentner 2,75 M., liefert jedes
Quantum frei Haus.
O. Schwarz, Nordstraße.

Patentanwaltsbureau
SACK-LEIPZIG
Besorgung u. Verwertung.

Neu!
Wer **MAGGI** Würze
noch nicht kennt, mache
einen Versuch mit
MAGGI'S
10 Pfg. =
Fläschchen

Freitag früh von 9 1/2 Uhr ab
Wahlpredigten.
Oskar Hüthel.

**Berein der Gastwirte
u. Merseburg u. Umgegend.**
Donnerstag den 24. Januar, nachmittags
3 1/2 Uhr,
anherbeordn. Generalversammlung
im Hotel „Im goldenen Sonnen“.
Der Vorstand.



Die Feiern
des Geburts-
tages Sr. Maj.
des Kaisers
findet am
Freitag den
24. Januar
abends
8 Uhr ab, im
„Hotel“ statt.
Die Ein-
tritts- und
Karten für An-
gehörige sind bei Kamerad Lemm, Häl-
lerstraße 8, abzugeben.
Untreten zum Festgottesdienst 9 1/2 Uhr
vormittags an der Wohnung des Herrn
Direktors. Zahlreiche Beteiligung ist sehr er-
wünscht. Das Vereinsabzeichen ist hierzu so-
wie abends anzulegen. **Das Direktorium.**

Der unterzeichnete Verein eröffnet am
25. Januar er.,
abends 8 1/2 Uhr,
im Restaurant „Schilpenhaus“, vor dem Gott-
friedsberg, einen
Unterrichtskursus
nach dem am weitest verbreiteten Stenographie-
system
Gabelberger.
Anmeldungen werden bei Beginn des Unter-
richts erbeten.
**Gabelberger'scher Stenographen-
Verein.**

Ein Wagen wird sofort als
Aufwartung
für den ganzen Tag gesucht. Näheres durch
Justus Oppel, Neumarkt 13.

Geschlossen

bleiben meine Lokalitäten Entenplan 3 bis Donnerstag mittag wegen der

Juventur-Aufnahme.

Nach erfolgter Aufnahme kommen noch aus allen Abteilungen herausfortierte Restbestände aller Warengattungen

extra billig

zum Verkauf, insbesondere Damen-Paletots, Capes, Kostume und Pelzwaren.

Otto Dobkowitz, Entenplan 3.

Kaiser-Wilhelms-Halle.
Welt-Bauorama.
Am Bodensee.
Konstanz, Insel Mainau,
Bregenz, Friedrichshafen, Überlingen.
Ein herrliche Hotel.

In Gera-Greizer und Meeraner
Kleiderstoffen

Elsässer Baumwollwaren

Soll hier ein Kleidergeschäft errichtet werden und wollen zahlungsfähige Interessenten Offert. unter „Gütauf“ 675 an Hausenstein & Vogler, A.-G., Leipzig, senden. Kein Laden, mehr Etagegeschicht, passend für Bekleidungs- sowie auch für jede andere Frau oder Familie.

Kaufmanns-Lehrling

mit guter Schulbildung für Kontor sofort oder später gesucht. Offerten unter T 22 an die Exped. d. Bl. erb.

In unserem kaufm. Bureau kann Ostern 1907 junger Mann mit guter Schulbildung als

Lehrling

eintreten.

Maschinenfabrik u. Eisen-
gießerei
B. Herrich & Co.

1 Barbierlehrling

wird zu Ostern unter sehr günstigen Bedingungen gesucht.

G. Schneider, Böhlen.

Lehrlingsgesuch.

Suche zu Ostern d. J. einen
Lehrling.

Moritz Gebhardt, Schuhmachermeister.

Sattlerlehrling,

welcher kostenlos Wagenladieren nebenbei erlernen kann, wird unter günstigen Bedingungen Ostern 1907 angenommen.

Bernh. Kleine, Schallhdt.

Maurer-
u. Zimmerlehrling,

desgl. einen Lehrling fürs Kontor stellt noch ein
A. Hücher, Gutenbergstr. 6.

Bäckerlehrling

sucht zu Ostern
Bernhard Deike, Bäckermeister,
Noonstraße 1.

Einen Lehrling

sucht zu Ostern
G. Rost, Fleischermeister.

Einen Lehrling

sucht zu Ostern
Ferd. Engel, Schmelzmeister.

Kräftiger Bürsche,

welcher Ostern die Schule verläßt, wird zum 1. April 1907 gesucht.

Gartenbau zu Büdow.

Ordentlicher jugendl. Arbeiter

gesucht
Fischerstraße 2.

2 kleine Mädchen

liebensvolle Aufnahme bei sorgsamster Pflege.
Nachhilfe, sowie Englisch und Französl. im Hause. Honorar 450 Mk. Näheres in der Exped. d. Bl.

Besseres kräftiges Mädchen

für alle Hausarbeit, große Wasche außer dem Hause, in d. feinst. Haushalt zum 1. März, nach Berlin gesucht.

Frau Schmerbach,
Berlin Charlottenburg,
Kaiser Friedrichstr. 105, 1. Etage.

Köchinnen, Haus- u. Stuben-
mädchen

finden bei hohem Lohn angenehme Stellung durch
Frau Lischer, Stellenvermittlerin,
Leipzig, Elfenstraße 16 II.

Ordentl. Dienstmädchen

zum 1. oder 15. Februar gesucht. Zu erst.
Gothardstraße 45.

Zur Aufwartung

ein älteres Schulmädchen gesucht.
Gutenbergsstraße 2, VI.

Aufwartung

für den ganzen Tag bei hohem Lohn gesucht.
Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Der heutigen Gelamtaufgabe liegt ein
Prospekt des Herrn J. N. Jepsen, Vafel
(Schweiz) bei.

viertel eine Beilage.

Am Sonnabend d. 26. Jan. d. J.,
um 10 Uhr vormittags,
findet in der Aula des Königl. Dom-
gymnasiums
zur Vorfeier des Geburtstages
Er. Majestät des Kaisers
ein öffentlicher Festakt
statt, zu welchem alle Freunde und Gönner der
Anstalt im Namen des Lehrkollegiums ein-
geladet
der stellvertretende Direktor.

Wünschendorf
Sonntag den 3. Febr. d. J.
Masken-
ball,
wozu freundlichst einladet
Staatmeister.

Sößchen.
Sonntag den 3. Februar,
von abends 7 Uhr ab,
Maskenball,
wozu freundlichst einladet
Arthur Köke.

Plugarten.
Vorgens Freitag
Wahl-Speckkuchen,
heiliger Anstich
ff. Bockbier
aus der Kaiserlichen Aktien Brauerei.

Restaurant Deutscher Kaiser.
Heute Schlachtfest.

Schultheiß-Restaurant
Freitag den 25. d. Mts.
Großes Schlachtfest.
Vorgens von 9 Uhr ab
Wellfleisch und Wellwurst mit
Sauerkraut.
Abends
frische Wurst.
Donnerstag abend
fr. Bratwurst mit Kartoffelsalat.
Freitag, Sonnabend u. Sonntag von morgens
10 Uhr ab
Speckkuchen.
Von Freitag den 25. d. Mts. ab
Anstich des beliebten
Schultheiß-Bock.

Hotel gold. Sonne.
Donnerstag den 24. d. M.
großes Schlachtfest
Eisen abends 8 Uhr.
M. Hotzler.

Schlachtfest.
F. Dahn.

Zwei Lehrlinge
sucht
Stein- und Bildhauerei
Biellig & Müller.
Einen Lehrling
sucht zu Ostern
Oskar Hübel, Bäckermeister.

Aufruf.

Die unterzeichneten Freisinnigen Parteien sind mit aller Energie in den Wahlkampf eingetreten und haben an allen Stellen, wo irgend eine Aussicht auf Erfolg der entscheidenden liberalen Sache besteht, ihre Kandidaten aufgestellt. Der Wahlkampf erfordert indes mit Rücksicht auf die kurze zur Verfügung stehende Zeit wesentlich größere Geldmittel, als das in früheren Jahren der Fall war. Wir wenden uns darum nochmals an alle Freunde unserer Sache mit der dringenden Bitte, ihrerseits bemüht zu sein, die notwendigen Geldmittel zusammenzubringen.

Wir fordern unsere Freunde auf, soweit dies nicht bereits geschehen, nicht nur selbst ihren Geldbeitrag möglichst schnell einzu-senden, sondern auch in ihren befreundeten Kreisen für den gemein-samen Zweck zu sammeln.

Beiträge sind auf Konto „Freisinniger Wahlfonds“ an die Bank für Handel u. Industrie (Darmstädter Bank) Berlin, Schinkelplatz 1/2 und deren Depostenkassen, die Mitteldeutsche Creditbank, Berlin, Behrenstraße 2 und deren Depostenkassen und an das Bankhaus W. Hohenemser in Frankfurt a. M., große Gallusstraße 1, zu senden. Berlin, den 18. Januar 1907.

Für die Freisinnige Volkspartei:
Schmidt-Ebertsd.

Kämpf, Schachmeister, Berlin, Hohenzollernstraße 8.

Für die Freisinnige Vereinigung:
Karl Schrader.

Hommsen, Schachmeister, Berlin, Behrenstraße 2.

Für die Deutsche Volkspartei:
Dr. Heinrich Kössler.

Bankier Hohenemser, Schachmeister, Frankfurt a. M., gr. Gallus-
straße 1.

Es ist Ehrenpflicht jedes Wählers,
am 25. d. M. seine Stimme abzu-
geben. Wer, ohne durch Krankheit
oder sonstige dringende Abhaltung
verhindert zu sein, an der Wahl-
urne zu erscheinen, sein Wahlrecht
nicht ausübt, begeht ein Unrecht
gegen sein Vaterland.

Achtung!

Achtung!

Die Wählerversammlung

in der Funkenburg

findet erst Donnerstag

den 24. Januar, abends 8 Uhr statt.

Der Einberufer.



Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Der Schlupstein zur oesterreichischen Wahlsreform ist nunmehr gelegt worden durch den Beschluß des Herrenhauses, das am Montag die Abänderung des Grundgesetzes über die Reichsvertretung in allen Leistungen unverändert annahm. — Im oesterreichischen Abgeordnetenhaus benahm sich der Graf Sternberg am Montag wieder sehr regelhaft. Als ihm wegen bleibender Neupferungen durch den Vizepräsidenten Jozef das Wort entzogen wurde, rief er diesem wiederholt zu: „Sie sind ein Lump“. Da niemand auf diesen gewerdmässigen Schandnamenerhör, rüchte sich Graf Sternberg dadurch, daß er nach 5/16-minütiger Verhandlung Schluß der Sitzung beantragte. Die Abstimmung ergab Befehlusunfähigkeit des Hauses. Am Dienstag nahm Graf Sternberg, nachdem der Präsident seine Entrüstung über den Vorfall vom Montag ausgesprochen hatte, seine Neupferung zurück und bat um Entschuldigung. — Eine ungarische Kabinettskrisis wird angefündigt. Nach einer Meldung der Wiener „Neuen Freien Presse“ aus Budapest sind Gerüchte von einer Demission des Ministers Andrássy und des ganzen Kabinetts wegen der Polonypfaffäre in Umlauf. Diese Gerüchte werden in den nächsten Kreisen gelauscht. Für Dienstag nachmittag war ein Ministerat einberufen, der über die Demission des Ministeriums beschließen sollte. Am Schluß der Reichstagsungung vom Dienstag nahm Polonyi nicht mehr seinen Platz auf der Ministerbank ein. — Dem ungarischen Justizminister Polonyi erteilten seine Freunde von der Unabhängigkeitspartei am Montag in ihrer Parteikonferenz ein Vertrauensvotum. Der Abg. Joltan Lengyel wurde einstimmig aus der Partei ausgeschlossen.

Frankreich. Der französische Senat erledigte am Montag das Marinebudget. — Eine sozialistische Interpellation in der französischen Deputiertenkammer, die wegen der Pariser Vorkommnisse vom Sonntag eingebracht worden war, endete mit Annahme eines Vertrauensvotums für die Regierung mit der Stimmenzahl von 463 gegen 58. — Der Entwurf betr. Aufhebung der Kriegesgerichte ist am Montag vom Kriegsminister Ricourt in der Deputiertenkammer eingebracht worden, die ihn an die Justizreform-Kommission verwies. — Im Hinterland der französischen Besetzung Dschibuti (Nordsoftrien) muß große Unfriede herrschen. Der Stamm der Hiss ermordele den Direktor des Handelskontors von Djibuti Gley und den Fähnrich Belem vom Kreuzer „Decartes“, welche etwa 30 Kilometer westlich von der Stadt lagen.

Spanien. Hungertumulte in Madrid gab es Montag wegen der durch Einführung der Getreidezölle hervorgerufenen Verteuerung. Mehrere Personen wurden verletzt. Ueberall sind die strengsten Maßregeln gegen eine Erneuerung der Aufhebungen getroffen worden. Beide Häuser des Parlaments beschäftigten sich mit der Frage der Verteuerung. Im Senat unterzogen mehrere Senatoren und der Finanzminister die Haltung der Bäckereibesitzer einer scharfen Kritik. Senator Quintana, Bürgermeister von Madrid, erklärte, er werde mit aller Energie gegen die Bäckereibesitzer vorgehen und im Notfall auch die äußersten Maßregeln gegen sie ergreifen. Der Finanzminister gab hierauf die Versicherung, die Regierung werde das Vorgehen des Bürgermeisters gutheißen.

Türkei. In Mazedonien wird weiter gemordet. Nach Athen ist die Nachricht gelangt, daß das griechische Dorf Zerovo von einer bulgarischen Bande überfallen und in Brand gesetzt worden ist. Eine Anzahl Notabeln sind mit ihren Familien ermordet worden.

Bulgarien. Gegen die unruhigen bulgarischen Studenten wird von der Regierung mit drakonischer Strenge vorgegangen. Am Montag wurden von der Polizei mehrere Hundert Studenten verhaftet. Die Wehrpflichtigen werden sofort in die Arme eingereiht, der Rest in die Heimat abgeschoben. Bei den Ausschreitungen am Sonntag wurden auch Schüsse gewechselt. Die Zahl der Verwundeten beträgt über 30. Einige Personen sind schwer verwundet. Ein Demonstrant wurde von Kavalleriepferden buchstäblich zerstampft. — Der Eisenbahnerstreik in Bulgarien dauert fort und verursacht wegen der fast gänzlichen Siedung des Güterverkehrs den Kaufleuten und dem Staate bedeutenden Schäden. Der Personenverkehr ist nur teilweise wiederhergestellt. Danach hat also die Militarisierung der Eisenbahn in Bulgarien verfügt. Die Streikbewegung greift nunmehr auch auf andere Kreise über. Nach einer Blättermeldung erklärten

die Zivilarbeiter des Militärasenals zu Ruffschut den Streik.

Marokko. Da der Sultan von Marokko kein Geld hat, sind nach einem Pariser Telegramm der „Köln. Ztg.“ die französische und spanische Regierung überin gekommen, dem Nachsten die für die Organisation der Polizeitruppen notwendigen Gelder zum Zwecke der Beschleunigung dieser Organisation vorzuschließen angesichts des Umstandes, daß die marokkanische Staatsbank, die nach den Beschlüssen der Konferenz Geld hierfür liefern soll, noch nicht funktioniert und noch einige Zeit darüber hingehen wird, ehe sie zu funktionieren in der Lage ist, andererseits aber die auf Anregung Spaniens beschlossene Zurückziehung des Geschwaders von Tanger dahin drängt, diese Organisation zu beschleunigen. Die französisch-spanische Note wird diesen Standpunkt den Signatarmächten der Konferenzakte darlegen zum Zwecke ihrer Zustimmung zu der von der Konferenz nicht vorgesehenen Maßregel. Bis zu deren Ausführung dürfen wohl auch die beiden Geschwader noch vor Tanger verbleiben.

Deutschland.

Berlin, 23. Jan. Der Kaiser konferierte am Dienstag vormittag mit dem Reichskanzler und hörte später im Schloß die Vorträge der Geis des Militärkabinetts und des Marinekabinetts. — Die Kaiserin soll, nach der Wiener „Zeit“, beabsichtigen, im März zu vlemischigem Aufenabste nach Abbazia zu reisen und in der Villa „Angiolina“ zu wohnen.

— (Zum Direktor im Reichsversicherungsamt) ist der hiebrige Senatsvorsitzende in diesem Amt, Geh. Regierungsrat Dr. Kries ernannt worden.

— (Der Verband mittlerer Justizbeamten Preußens), der 9000 Mitglieder zählt, beschloß einstimmig die Ablehnung der im Etat für 1907 vorgesehenen gehobenen Stellen. Er erstrebt nach wie vor die volle Gleichstellung mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung.

— (Folgen des polnischen Schulkreis.) Wie aus Krotoschin gemeldet wird, fand infolge einer gegen den Wikar Rodowicz und den praktischen Arzt Dr. Wolowicki schwebenden Voruntersuchung unter Zuziehung eines politischen Kommissars aus Posen am Sonnabend eine mehrere Stunden währende Hausdurchsuchung bei Dr. Wolowicki in Sachen der Verteilung polnischer Bücher an freireisende Schulkinder statt. Es wurden eine Anzahl Bücher beschlagnahmt. — Der Arbeiter Linkowski aus Gnesen, der anlässlich des Schulkreisens an einen dortigen Lehrer anonyme Briefe, die von den unsäglichsten Beleidigungen und Bedrohungen strotzen, gerichtet hat, wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Volkswirtschaftliches.

(Der Verband der Färbereibesitzer in Krefeld hat am Sonnabend über sämtliche dortigen Färbereien die Sperre verhängt, da die Auskändigsten das Ultimatum überschritten haben. Nicht nur die Färbereigesellen feiern, sondern auch die Lehrlinge haben aus Furcht vor Ausschreitungen der Auskändigsten die Arbeit niedergelegt. Von der Sperre werden etwa zwei bis dreitausend Arbeiter innerhalb der Stadt Krefeld betroffen.

(Die Maul- und Klauenseuche ist trotz aller Absperrungsmaßnahmen an den Grenzen augenblicklich wieder in unkreuzlicher Weise in Deutschland in Zunahme begriffen. Besonders stark grassiert sie in Giesh-Vorbringen, wo nach dem letzten im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Ausweis am 31. Dezember nicht weniger als 10 Kreise, 22 Gemeinden und 55 Gehöfte an jenem Tage von der Seuche befallen waren. Inzwischen mag die Verbreitung der Seuche sich noch weiter ausgebreitet haben. Erst in diesen Tagen ist ja bekannt geworden, daß auch die Rheinlande in erheblicherem Maße davon angesteckt worden sind. Eine amtliche Korrespondenz, deren Angaben die „Straßburger Zeitung“ kürzlich reproduzierte, glaubt, daß die „erste Einschleppung“ auf das Schlachthaus in Basel zurückzuführen sei, wo ein Ochse französischer Herkunft die Seuche eingeschleppt habe. Ein elassischer Randwirt, der jedoch in Basel nicht Vieh, sondern Dünger geholt habe, brachte sie in sein Gehöft. Auch direkt aus Frankreich sei die Einschleppung erfolgt, aber — abgesehen von einem Falle in Dr. Moricourt, wobei ein Ochsengepann sie brachte, — sei die Einschleppung aus Frankreich nur auf den Personenverkehr zurückzuführen. Einem Eindringen der Seuche auf diesem Wege, dem des Personenverkehrs, ist ein Damm wohl überhaupt nicht entgegenzuführen, denn auch für den Personenverkehr die Grenze zu sperren, das wird doch wohl von Niemandem für angängig gehalten werden. Es scheint übrigens — und zwar gerade

auch nach den detaillierten Angaben jener amtlichen Korrespondenz — als ob an der raschen Weiterverbreitung der Seuche im Elsaß und von dort weiter nach dem deutschen Westen nicht zum Wenigsten ein Mangel an Sorgfalt in Beobachtung der internen Absperrungsmaßregeln mitschuldig gewesen sei. Diese internen Verkehrsbeschränkungen sind ja sehr lästig, und es ist begreiflich, wenn die davon Betroffenen sich ihnen nur ungern fügen. Aber geschehen muß das nun einmal, denn jede Umgebung der betr. Anordnungen rüht sich schwer zu räden.

Provinz und Umgegend.

† Halle, 23. Jan. Die Stadtverordneten genehmigten in ihrer letzten Sitzung eine Vermehrung der Polizei um einen Kommissar, einen Wachenmeister und dreizehn Ergänzten. Es soll eine Wache im östlichen Stadtteile eingerichtet und gleichzeitig die Vorbereitung zur Gründung eines neuen Neoleros getroffen werden, bereit, daß die zur Befugung des Neoleros notwendigen Beamtenstellen bis 1909 bewilligt werden. Der Kultusminister hat ein Abkommen zwischen der Stadtgemeinde und der Universitätsverwaltung genehmigt, wonach in den Räumen der Kinder-Volkshalle eine öffentliche Säuglings-Fürsorgekelle errichtet wird, zu deren Kosten die Stadt einen erheblichen Beitrag zahlt.

† Weissenfels, 23. Jan. Der im Bankgeschäft von Leipzig hier beschäftigte Lehrling Arthur Müller hat im Oktober vorigen Jahres seinem Chef 500 Mk. und vor kurzen 1000 Mk. entwendet und den Fehlbetrag durch Fälschung der Bücher zu verdecken versucht. Als man den 15-jährigen Sünder verhaftete, hatte er das Geld bis auf 975 Mk. verjubelt.

† Erfurt, 20. Jan. Die hiesigen nationalen Arbeiter beider Konfessionen hielten Freitagabend eine Feier ab, die dem Gedenken der Errichtung des Deutschen Reichs galt. Das Fest, zu dem die Söhne sämtlicher staatlichen, städtischen und geistlichen Behörden erschienen waren, nahm einen imposanten Verlauf. An den Kaiser und an den Staatsminister v. Hofadomsky wurden Begrüßungs-Telegramme abgesandt. Vom Grafen v. Hofadomsky ist heute nachmittag folgendes Antwort-Telegramm eingetroffen: „Den im Kaiserpalast verammelten nationalen Arbeitern von Erfurt spreche ich für die freundliche Begrüßung meinen Dank aus. Ich freue mich, daß die dortige Versammlung das Bestreben der Regierung anerkennt, im Wege der staatlichen Gesetzgebung die wirtschaftliche Lage zu verbessern.“

† Giesleben, 21. Jan. Zum Bau der Wippertalbahn hat die Deputation der Mansfelderischen Gemerkschaft zwei Millionen Mark bewilligt. Die Ausführung des Bahnprojektes ist nunmehr gesichert.

† Nordhausen, 22. Jan. Im schwarzburgischen Nachbarort Groß-Furra ging dieser Tage das Gerücht um, der dortige dritte 23-jährige Lehrer Gülland habe sich an einer seiner Schüllerinnen sitzlich vergangen. Der Schulortstand hielt infolge dieser schweren Beschuldigung eine Sitzung ab, in welcher die einstweilige Suspendierung des jungen Lehrers vom Amte bis zum Abschluß der zu beantragenden Untersuchung beschlossen und ein Kollege desselben beauftragt wurde, dieses dem Beschuldigten mitzuteilen. So schonend auch der Kollege sich des ihm gewordenen Auftrages entledigte, so geriet der junge Mann, der viel auf seine Ehre hielt und außerdem heralendet war, doch in eine hochgradige Erregung. In dieser ist er noch an demselben Abend (am vorgestrigen Donnerstag) in Hausstuben aus seiner Wohnung fortgegangen und hat sich ein Leid angetan. Am gestrigen Morgen wurde er vermisst. Es wurden sofort Nachforschungen nach ihm angestellt. Als man in der Nähe des Dorfes am Wippertal eine große Blutlache und etwas weiterhin ein blutbesiedetes Messer fand, mußte man das Schlimmste befürchten. Gestern nachmittag endlich wurde die Leiche des Vermissten mit an den Handgelenken durchschnittenen Pulsadern in der Wipper aufgefunden. Die amtliche Untersuchung soll das Ergebnis gehabt haben, daß die schwere Beschuldigung völlig grundlos gegen den jungen Lehrer erhoben worden ist.

† Mühlhausen, 21. Jan. Der 18-jährige Schloffer August Fähr führte bei einer Uebung an den Schwebelängen im Turmweien „Jahn“ so unglücklich herab, daß er sofort tot war. Der Arzt stellte Bruch des Genicks fest. F. war die einzige Stütze seiner Mutter, die erst vor kurzer Zeit ihren Mann verloren hatte. Er war mit 2000 Mk. beim Deutschen Turnbund versichert.

† Döberleben, 23. Jan. Der vier Jahre alte Willi Schmidt wurde am letzten Sonnabend abend

von seiner Mutter eingeschlossen, da sie noch einen Weg zu befragen hatte. Diese Zeit des Alleinseins benutzte das Kind, sich mit Streichhölzern, die in einer Feuerkassette lagen, zu schaffen zu machen. Seine Kleidung fing Feuer, und ehe die Mutter zurückkam, war ihr Kind tot. Der ganze Körper war verbrannt.

† Wittenberg, 23. Jan. Ein Revolverattentat wurde dieser Tage nachts auf den Zimmermann Merker aus Seegrehna auf dem Wege nach Bietzen verübt. Die Kugel des Wegelagerers flog dicht am Kopfe des Benannten vorüber. Leider ist der Täter im Dunkel der Nacht unbemerkt entkommen. Es liegt anscheinend ein Racheakt vor.

† Magdeburg, 21. Jan. Heute stürzte sich eine ältere Dame in einem Irrensanstalt aus dem Fenster. Der Kopf wurde völlig zerschmettert, so daß der Tod sofort eintrat.

† Magdeburg, 21. Jan. Ein eigenartiger Fall, der zeigt, welche Lücken das Gesetz noch aufweist, hat sich in Bismig zugetragen. Zur Mukterung führte der Geselle des Schmiedemeisters Heindrich zwei Pferde vor. Als ein Arbeiter den Tieren näher treten wollte, warnte ihn der Tierhalter eindringlich und machte ihn ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Pferde auszuweichen. Der Arbeiter näherte sich trotzdem den Tieren und wurde durch Hufschlag am Arme schwer verletzt. Der Tierhalter muß, obwohl er den Verletzten mehrmals gewarnt hat, die Kurkosten tragen. Vergeblich hat er drei Anwälte hindurch versucht, zu seinem Recht zu kommen. Nun hat sich der Betroffene vor einiger Zeit an einen Reichstagsabgeordneten gewandt, der persönlich beim Kriegsminister vordringlich wurde. Letzterer hat nach Prüfung der Sachlage dem Schmiedemeister die Erstattung der Kosten zugesagt.

† Eisenberg, 21. Jan. In der Freitagnacht kam es anlässlich des Zutretens fremder arbeitswilliger Fleischergesellen auf dem Steinwege zu Tumulten. Eine vielschichtige Menge stellte sich den Ankommen in den Weg. Die Polizei suchte auf gütlichem Wege die Andringenden zurückzuhalten. Nach dem Geschehen eines Fabrikbesizers wurde geschossen. Später erst konnte die Ordnung wieder hergestellt werden.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 24. Januar 1907.

Ein gräßlicher Unglücksfall trug sich gestern früh in der Nähe von Schöppau zu. Dicht vor der dortigen Saalebrücke überfuhr der um 6 Uhr 20 Minuten von Merseburg abgehende Personenzug Nr. 347 den Straßenarbeiter Wilhelm Beweski, der, nachdem schon der Schnellzug nach Thüringen die Stelle passierte, die Gleise übersprungen wollte, um an seine Arbeit zu gehen. Er wurde von der Maschine erfasst und sofort getötet. Die Leiche ist im Schöppauer Spitzengraben untergebracht worden.

Wahrhaft an die Saumsetzigen.

(Eingekandt.)

Horch Michel, horch, die Raben krächzen Rings um Dein allerhöchstes Gut! Siehst Du nicht wie die Vögel lechzen Nach Deiner edlen Wurst Blut? Hermanns Vor soll nicht mehr schweben Frei im kühlen Himmelssaal, Soll nicht mehr nach der Sonne streben Und niederbiegen soll ihr Bau!

Ein fäulnischer Geist in deutschen Landen — Kanakia ist sein Vorgesangswort — Schlägt deutsche Art in tömliche Banden — Das Vapitum ist Jetz letzter Hort! — Umkleidest im Mund mit Utropfen, Die Obst und Vaterland vermachst, Den Arbeitmann mit Trug und Lügen Ihm ratend, falschen Weg zu gehn.

Die freudlich in Nebelbildern Dir malen den Schlafensflaak, Wacht auf Deine Wachen wildern Für sich und ihres Hesses Saat: Halt ein und sei ein Deutscher wieder, Der her hält auf sein gutes Recht, Was Du gewonnst, zerhör nicht wieder Als Schwindler und Phantasten-Knecht!

Auf Michel! Sei nicht schlaftrunken, Erkennst du schlimme Zeichen nicht? Wiß Du in Dämmern so verfinn, Daß ein ein Schlag in das Gesicht Dich muß aus Deinem Dämmern wecken? Wacht auf! — Schau in den Tag hinaus, Frisch auf, zu Deiner Feinde Schwärden Schirm! tapfer Deines Reiches Haus!

Liberaler Wähler-Versammlung.

Zum zweiten Male vor dem Wahltag hatte sich am Dienstagabend im „Erboli“ die liberale Wählergesellschaft von Merseburg und Umgebung versammelt. Der große Saal war voll besetzt bis auf den letzten Platz. Gartenstühle mussten herbeigeschafft werden, um auf einem noch freien Raume notwendig nur einen Platz zu erhalten. An den Eingängen standen dicht gedrängt die später gekommenen Wähler und warteten alle erwartungsvoll der Dinge, die da kommen sollten. Pünktlich eröffnete der Vorsitzende, Herr

Hartung, die Versammlung mit einem dreifachen Kaiserhoch. Er teilte kurz die Gründe mit, die den Liberalen Wahlverein zu dem Ausschluß der Sozialdemokraten veranlaßt haben. Nicht Jurecht sei es, sondern eine Maßnahme, welche im Interesse der Anständigkeit geboten erschien. Hierauf sprach der Reichstagsabgeordnete der vereinigten Liberalen im Wahlkreise Merseburg-Duesfurt, Herr Gutsbesitzer William Koch Unterarnst. Der Kandidat, eine kräftige deutsche Bauerngestalt mit schlichten, gewinnenden Manieren und volkstümlicher, berzerscherender, natürlicher Beredsamkeit, gewann in seiner Kandidatenrede im Fluge die Herzen seiner Parteifreunde. Herr Koch verarbeitete sich zunächst gegen den Vorwurf, der den Liberalen von konservativer Seite gemacht worden ist, weil sie sich nicht sofort der Kandidatur Windler angeschlossen haben. Treffend bezog er es als einen Verrat an der liberalen Partei, wenn diese solchem Wunsch entsprechend gehandelt hätten. Auch die Angriffe des Führers des Bundes der Landwirte im Wahlkreise Merseburg-Duesfurt gegen seine Person fertigte er mit einigen kernigen Worten ab. Daß die liberalen Landwirte nicht solche Seitenhaken sind, wie sie von den Wählern so gern hingestellt werden, zeigte Herr Koch an dem Beispiele, das in Mecklenburg ein Graf Bohmer, Besitzer von 11 Rittergütern, als liberaler Reichstagsabgeordneter aufgestellt worden ist. Redner streifte dann kurz die Gründe, die die Regierung zur Auflösung des Reichstages veranlaßt. Die Regierung suche eine andere Mehrheit im Reichstage zu erhalten; es sei darum erforderlich, daß die liberale Partei in ansehnlicher Zahl in den neuen Reichstag einziehe. Herr Koch wandte sich nun gegen die Vorwürfe, die ihm in sozialdemokratischen Flugblättern und Reden im Laufe des Wahlkampfes gemacht worden sind. Die Sozialdemokratie brühte sich damit, daß sie die einzige Hüterin der Volkrechte sei, während sie doch gerade das Gegenteil verfolge, was Redner an Beispielen aus dem Leben treffend begründete. Der Sozialdemokratie liege nichts an zu friedlichen Arbeitern, wohl aber an unzufriedenen, verblissenen und verbeizten Genossen. Wie die Sozialdemokratie über den Bauernstand urteilt, zeigte Herr Koch an dem drastischen Anspruch eines Parteiführers, der sagte: „Dem Bauer müsse seine Äffen liebe für Grund und Boden ausgetrieben werden.“ Mit den Konservativen, so führte Redner weiter aus, verbinden uns manche wichtige Punkte: Die Liebe zum Vaterland und das Festhalten an den Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung usw. In wirtschaftlichen und sozialen Fragen trennen sich dagegen unsere Wege. Die Konservativen haben für eine Erhöhung der Schutzzölle gestimmt und sind indirekt auch die Begünstigten der heutigen Fleischsteuerung. Auf letztere, deren Ursache und Beseitigung Herr Koch noch ganz sprache ein. Die Fehler der Regierung, namentlich aber die Fleischsteuerung, haben der Sozialdemokratie wiederum neue Handhaben gegeben, die Massen aufzuheben und aufzuweischen. Der Herr Kandidat referierte sodann im zweiten Teile über sein Programm und seinen Standpunkt zu den verschiedenen politischen Tagesfragen. Die freisinnige Volkspartei, zu deren Grundfragen sich der Kandidat bekennt, will namentlich im Steuerwesen Gerechtigkeit und Schonung der Volksschicht, insbesondere zugunsten der weniger bemittelten Klassen, Entlastung der notwendigen Lebensmittel und unentbehrlichen Verbrauchsgegenstände, sie erstreckt Handelsverträge zur Erweiterung unseres Abfages auf dem Weltmarkt. Durch direkte Steuern, wie die Erbschaftsteuer und eine progressive Reichs Einkommensteuer sollen die Bedürfnisse des Reiches zum größten Teil gedeckt werden und nicht, wie die Konservativen wollen, durch indirekte Steuern, die nur eine Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Schichten des Volkes bedeuten. Die freisinnige Volkspartei will weiter die Ausdehnung des gleichen, geheimen und direkten Reichstagswahlrechts auf die Landtagswahlen, die Schmälerung der Volkrechte, insbesondere des Geldbewilligungsrechtes des Reichstages. Die Partei tritt ferner ein für die Erhaltung der vollen Wehrkraft des Reiches unter Schonung der wirtschaftlichen Interessen und unter Vermeidung jedes unnützen Aufwandes im Militärwesen; sie strebt an die Schaffung eines verantwortlichen Staatsministeriums, die kräftige Förderung von Landwirtschaft, Handwerk und Industrie, die Erhaltung und Mehrung des mittleren und kleineren bauerlichen Besitzes durch Befestigung der Fideikommiss und Aufstellung des Großgrundbesitzes. Vor allem gilt es, der Leuten auf dem Lande durch Ansiedelung von möglichst vielen Arbeitskräften entgegenzuwirken. Seinen Standpunkt zu den Konsumvereinen und Warenhäusern präzisierter Herr Koch dahin, daß er persönlich ein Gegner von Konsumvereinen und Warenhäusern sei und seinen Bedarf ausnahmslos von Handwerkern seines Ortes resp. der Umgebung decke; man könne aber diesen Standpunkt nicht auch von der Partei verlangen. Wie den bauerlichen Mittelstand, so will die freisinnige Volkspartei auch den Mittelstand in Handwerk und Gewerbe stützen

und schützen. Es ist wünschlich keine Fürsorge der Konservativen für den Mittelstand, sondern das gerade Gegenteil, wenn Industrie, Handwerk und Gewerbe fortgesetzt durch Steuern und Abgaben aller Art belastet werden und durch Jollerhöhungen auf Rohstoffe die Fabrikation und der Handwerksbetrieb erschwert werden. Auch mit Zunfthang und Befähigungsnachweis, wie dies die Konservativen ebenfalls anstreben, wird dem Handwerk nicht geholfen. Der obligatorische Befähigungsnachweis mit der alsdann nötigen Abgrenzung der Handwerkszweige gegeneinander würde das Handwerk insbesondere auf dem Lande nur schädigen. Im Interesse des Mittelstandes verlangt die freisinnige Volkspartei Förderung der gewerblichen Fortbildung und Fachschulen, sowie der Lehrwerkstätten, seine Bevorzugung von Beamten- und Offiziersvereinen, Innungsfreiheit ohne Innungsprivilegien, Pflege der Handwerker, Gewerbe- und Gewerkschaften, Bekämpfung der Borgwirtschaft, zurechtweisung der öffentlichen Submissionswesen, Einschränkung der Militärverpflichtungen, Befestigung der durch die Gefängnisarbeit dem freien Gewerbe entstehenden Schäden. Die freisinnige Volkspartei steht auf dem Boden einer gesunden Sozialreform. Sie erstrebt Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesamtheit wie der einzelnen auf den Grundlagen der bestehenden Gesellschaftsordnung, sowohl durch Selbsthilfe der Beteiligten wie durch freies Zusammenwirken der Gesellschaftsklassen, als auch durch Einwirkung der Gemeinden und des Staates. Die Arbeiter als gleichberechtigte Faktoren im wirtschaftlichen Leben haben Anspruch auf Schutz und Förderung durch die Gesetzgebung. Nicht durch vergebenden und zersetzenden Klassenkampf, auch nicht durch den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, sondern durch planmäßige Reformen und stetig fortschreitende Besserung der Existenzbedingungen ist die Lebenslage der arbeitenden Volksschichten zu bessern und zu heben. Die freisinnige Volkspartei erstrebt die Förderung aller auf friedliche Verhältnisse hinzielenden Einrichtungen, gesetzliche Anerkennung der freien Gewerkschaften, Verallgemeinerung der Koalitionen, Freiheit, Ausbau der Arbeiterkassen, Gesetzgebung, Schutz gegen mißbräuchliche Anforderungen an ihre Arbeitskraft, Vereinigung und Verbesserung der Arbeiterversicherung. Die freisinnige Volkspartei hält fest an dem alten freiheitlichen Grundsatze „Gleiches Recht für alle“, sie bekräftigt die gerechte Berücksichtigung aller Interessen, die gleichmäßige Fürsorge für alle Volksschichten, gesunden Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen und politischen Lebens und tritt jederzeit ein für die Ehre und Freiheit des deutschen Vaterlandes. Wer damit einverstanden ist, der wähle am Freitag den Kandidaten der vereinigten Liberalen! (Langanhaltender brausender Beifall.)

Als zweiter Redner sprach dann Herr Schriftsteller Schöler Berlin. Temperamentvoll, klar und überzeugend waren die Ausführungen des mit einem festen kräftigen Organ ausgestatteten Redners. Er empfahl gleich zu Beginn den Wählern den praktischen Mann aus dem Leben, Herrn Gutsbesitzer Koch, und beschäftigte sich dann sofort mit den im Wahlkreise vorhandenen Gegnern, den Herren Konservativen und Sozialdemokraten. In scharfen Worten gestiftete er die Ueberhebung und die beleidigende Unterstellung der Liberalen in dem Wahlkampf der Konservativen, in dem sich diese als vereinigte nationale Parteien im Wahlkreise hinzustellen liebten. Diese „unlautere Firma“, wie sie der Redner treffend nannte, verfolgt nur den Zweck, einen falschen Anschein bei den Wählern zu erwecken und erhebt gleichzeitig gegen die Liberalen den kränkelnden Vorwurf, daß sie gewissermaßen eine „nichtnationale Partei“ seien. Herr Schöler begann hierauf die „Nationalität“ der Herren Konservativen historisch zu revidieren und kam unter dem demotomischen Belfall der Zuhörer zu dem übermächtigen Schluss, daß diese Herren nur „national“ sind, wenn es sich um ihre Interessen und um rücksichtslose Brutalität dem freisinnigen Triebe des Volkes gegenüber handelte. Der liberale Geist dagegen hat stets die Basis für den Ausbau des Vaterlandes in fortschrittlicher Beziehung gebildet. Die „Nationalität“ der Konservativen hat aber auch versagt, als das Vaterland in Gefahr war, während sich die nationale Gesinnung der Liberalen in ihrer ganzen Größe zeigte, als das Vaterland sie brauchte. Schon diese niedrige Unterstellung wäre es wert, daß die Konservativen mit ihrem etwan agrarisch-konservativen Kandidaten am kommenden Wahltag eine ganz empfindliche Niederlage erlitten. Ueber die Steuerverhältnisse in Deutschland hat sich Herr Windler in der Versammlung am 18. d. M. u. a. dahin ausgesprochen, daß diese die besten in der Welt seien. Nicht auf die niedrigen Durchschnittspreise pro Kopf allein komme es an, so wiberlegte der Redner das Urteil des konservativen Kandidaten, sondern auf die Beurteilung der Berechtigtheit, wie man die Steuern nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit verteilt. Und in dieser Hinsicht verlagte man in Deutschland vollständig. An dem Beispiele von

England, Italien und Frankreich wies Redner nach, daß in diesen Ländern in erheblich größerem Umfang die direkten Steuern herangezogen werden, während man die indirekten nach Möglichkeit herabzusetzen befreit ist. Alle Bemühungen der Liberalen, in Deutschland die direkten Steuern zu vermindern und die indirekten und Verbrauchssteuern zu vermindern, seien stets gescheitert an dem Widerstande der Konservativen. Bier, Tabak und Zigaretten können ja noch eine erhebliche Mehrbelastung tragen.

Diese Ansicht vertritt der Herr Landrat a. D. Windler. Der sog. kleine Mann, denn nur er allein ist der Verbraucher dieser Massenartikel, könne ja seinen „Genuß“ etwas einschränken und die Mehrbelastung würde dann überhaupt nicht spürbar sein. „Der Arbeiter braucht auch nicht zu schlemmen“, so denkt der frühere konservative Reichstagsabgeordnete Windler. Der Reichshaushaltsetat verzeigert an Einnahmen aus indirekten Steuern 1300 Millionen Mk., aus direkten Steuern 100 Mill. Mk. und 145 Mill. Mk. als eigene Einnahmen. Die festschenden 55 Mill. Mk. sollen nun, wie bei der Landtags-Eröffnung kürzlich verkündet wurde, wiederum durch indirekte Steuern aufgebracht werden. Der Herr Landrat a. D. und konserv. Reichstagskandidat Windler hält diese Neubelastung für sehr richtig, während sie die Liberalen für sehr unrichtig halten, da sie doch nur die ärmsten Volksschichten trifft. Die Erbschaftsteuer findet Herr Windler sehr bedauerlich, da sie die Reichen etwas stärker belastet. So gerühmte Herr Schöler die pompöse Parade des Herrn Windler, daß auf gesetzgeberischem Wege von den Konventionen stets für die Entlastung der breiten Volksschichten eingetreten werde, bis in die kleinsten Details und kam schließlich zu dem Resultat, daß die Steuervollst. dieser Herren nur dahin zielt, die Reichen zu schonen und den „armen Bruder in Christo“ zur Bezahlung heranzuziehen. Die traurige Zerrissenheit des Vaterlandes hindere wesentlich daran, die Einführung einer Reichsvereins- und Einkommensteuer, sowie einer Erbschaftsteuer näher zu treten. Die vornehmste Arbeit der Liberalen geht nun dahin, die schwereren Verhältnisse in unserem Steuersystem zu beseitigen und die Sonderbegünstigungen der Reichen aufzuheben, unter denen alle Berufsklassen so empfindlich leiden. Herr Schöler ging noch auf die herrschende Fleischsteuer ein und wies dann auf die ungeschwundenen Folgen hin, die die Einführung des Verdrängungsprinzips in seiner Allgemeinheit dem Handwerker bringen müsse. Das sei keine Hebung des Mittelstandes, sondern eine Vernichtung desselben. Im zweiten Teile seines Vortrages wendete sich der Redner gegen den anderen Gegner, die Sozialdemokratie. Den Vorwurf in deren Mißbilligung, die Liberalen seien „Vollverräter“ und „Freunde des Sozialismus“, fennschmeizte er mit den drastischen Worten: „Das ist erkunnen und erlogen“ unter eingehender Darstellung der Vorzüge im Reichstage, die dieser sozialdemokratischen Verdrängung angeblich im Grunde liegen. Auch der Vorwurf betr. die Dauer des Zolltarifs sei eine Lüge, da nur ein Weg offen gelassen sei, diesen Tarif evtl. umzusetzen zu können, vor dem aber mit Rücksicht auf unsere zollpolitische Lage dem Auslande gegenüber ganz erschiedene gemart werden müsse. Daß für die heutige Verarmung des Sozialdemokraten der Zutritt verboten worden ist, sei sehr angebracht, da nur auf diese Weise die Wähler von dem widerlichen Gewäsch der Agitatoren verschont blieben. Diese wollen ja nur in liberalen Versammlungen für ihre Partei Agitation treiben und dazu sind diese doch nicht einberufen. Nachdem der Redner noch die umfänglichsten Bestimmungen der Sozialdemokratie charakterisiert, die am Ende nur die Reaktion zu Gewaltmaßregeln herausfordern, schloß er seine mit lebhaftem und andauerndem Beifall belobten Ausführungen mit einem Appell an die Wähler, am 25. Januar dem Kandidaten ihre Stimme zu geben, der für Recht und Ordnung eintritt, nämlich Herrn Gutsbestiger William Koch-Unterfarnbeck.

Eine Diskussion schloß sich nicht an. Mit einer nochmaligen Warnung an die Wähler, am Freitag ihre Pflicht zu erfüllen, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland die Versammlung. Unter Abkling des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ ging die gesprächig verlaufene Versammlung auseinander.

Aus dem Merleburger und benachbarten Kreisen.

Schladebach, 21. Jan. Am Sonntag, den 20. Januar feierte der Militärverein zu Schladebach und Wighersdorf sein 10 jähriges Stiftungsfest im Saale des Herrn Heyne hier. Am Festessen beteiligten sich zahlreiche Gäste aus dem Drie und der Umgegend. Der sich anschließende Ball festsetzte die Kameraden mit ihrem Gasten bis zum frühen Morgen an die gastlichen Räume.

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Zu den wenigen Festungen, welche in der Zeit der Ueberwältigung Deutschlands durch die Franzosen (1806) die preussisch-deutsche Waffenehre noch hielten, gehört die Festung Kofel in Schlessen. Am 23. Januar 1807, also vor 100 Jahren, begann die Blockade der Festung; diese aber wurde von dem kühnsten Kommandanten Diederichs so tapfer verteidigt, daß eine Uebergabe überhaupt nicht stattfand, die Festung vielmehr sich bis zum Friedensschlusse hielt.

Wetterwarte.

Vorausichtliches Wetter am 24. Jan.: Trocken, sehr strenge Kälte, meist heiter. — 25. Jan.: Trocken, fortgesetzt sehr strenger Frost, vielfach heiter, teilweise neblig.

Vermischtes.

(Schlichtung einer chemischen Fabrik.) Gegen die chemische Fabrik „Ammonia“ in Hildesheim waren wegen arger Geruchsbeschwerden viele Beschwerden erhoben worden, die bereits zum richtigen Austrage gebracht wurden. Darauf haben der Regierungspräsident und die Polizeidirektion die Schlichtung der Fabrik verfügt. Gegenüber hatte die „Ammonia“ Beschwerde beim Oberpräsidenten eingelegt, der diese aber jetzt durch die Fabrik (Das Gas Verleihen an den Herrin Fürstin Wrede) Das gegen den Diener der Fürstin Wrede in Ostrow schwebende Strafverfahren wegen wissentlichen Meineides ist auf Antrag des Verteidigers Rechtsanwalt Wahn nunmehr endgültig eingestellt. Dagegen schwebt noch vor dem schlesischen Landrecht die Fürstin Wrede, die sich angeblich in Paris aufhält, ein Verfahren wegen Diebstahls. (Ein Fall von Verbrechen gegen die Menschlichkeit.) Das ruffische Reichsministerium des Innern hat jetzt eine traurige Mitteilung gemacht. Der Herrsche ist als Leide aus dem Tergelische gelandet worden. Erze verhiwand am 20. November v. J. aus seinem Wohnorte Groß-Linder (Kr. Danziger Neudorf), und vergeblich suchten Polizei und Angehörige etwas über den Verbleib des Vermissten zu ermitteln. Er wurde aber erst in einem kleinen Ortchen untergebracht. Bei dem Tode wurden noch 650 Mk. bares Geld und die goldene Taschenuhr mit Ketten gefunden. Unzweifelhaft ist Erze das Opfer eines Unglücksfalles geworden.

(Von Esingung fortgerissen.) Beim Bau der Eisenbahnbrücke über die Wehse bei Warten wurde eine wacklige zwei Pfeilern der neuen Wehse herabfallen. Einmalig wurde mit dem Baugelände durch Geschossen entzündet und fortgerissen. Viele Baugeländer wurden einige mehrere Maschinen sanken in die Tiefe. Der Schaden ist bedeutend.

(Ein Fall von Genidfarre) Ist bei einem in Wandsbeck in Hamburg beschäftigten Ruffler namens Hoch festgestellt worden. Der Erkrankte ist bereits gestorben.

(Ein Streit über ein Verbrechen.) Der Herrsche wurde angeklagt wegen des Arbeitsnachweises ist es zwischen Reifern und Geleiten zu Differenzen gekommen, und die letzteren haben schließlich erklärt, nicht mehr weiter verhandeln zu wollen. Die Richterstellen verlangen, wie in der Verammlung mitgeteilt wurde, einen Rückzug in der Woche und die zehnjährige Arbeitszeit der Reifern haben bereits eine Kommission zur Klärung der Verhältnisse gewählt. Außerdem wird der Arbeitseigenschaftsbund in Anspruch genommen werden.

(Erbschaften) hat sich in St. Angbert der Rentamann Werle aus Barmens. Nach einem aufgefundenen Brief sind von ihm über 100 000 Mk. unterschlagen worden.

(Geopold Wölling) hat sich, wie sein Rechtsbeistand mittelt, nunmehr in ein Verbrechen eingelassen. Er hat sein Familienvermögen. Zur feiner letzten Rechte und Titel beibringt er nicht mehr, auch nicht nach seiner Scheidung.

(Dynamitexplosion.) Auf der Grube „Friedrich Wilhelm“ bei Herdorf im Regierungsbezirk Koblenz explodierten bei der Einfahrt auf einem Förderloß 2 1/2 Kilogramm Dynamit. Sechs Bergleute wurden schwer verletzt.

(Ein Ruffischer Reiter) (Der Herrsche) Am schlesischen Blätter von der Petersburg gemeldet. Der Ministerialsekretär Witkowski ist seit acht Tagen unter Minnaghe von 600 000 Rubeln aus dem Ministerium des Innern flüchtig. Die Nacht wird offizell gegeben gehalten; es handelt sich um Staatsgeheim für die Dumanagen.

(Eine Wundertat belgischer Soldaten.) In Wallage bei Wisfel kam es zu schweren Ausschreitungen der Kanoniere. Wäre es nicht gewesen, wären die Soldaten und Zivilisten wurde ein Reiter erschossen. Am Nacht zu nehmen, zogen 300 Reiter von der Kolonne weg, belästigten die Passanten und plünderten mehrere Wirtschaften. Als eine Polizeipatrouille ihnen entgegenrückte, kam es zu einer regelrechten Schlacht, wobei zwei Polizisten und ein Reiter schwer verwundet wurden. Militärabteilungen brachten die Reiterer in die Scheune zurück, wo das ganze Regiment eingeschlossen gehalten wird.

(Die Ausperrung in der Berliner Polizeibehörde.) 947 Entlassungen hat nach den Ermittlungen des Polizeipräsidenten am Sonntagabend zu den bisherigen noch hinzugekommen. Die Gesamtzahl der Ausgesperrten beträgt zurzeit 8 333.

(Stimmige Kälte überall.) Die ungewöhnlich strenge Kälte hat bereits in Berlin 10 Opfer an Menschenleben gefordert. In vergangener Nacht wurde ein erkrankter Mann aufgefunden, der hoffnungslos im Waidler Krankenhaus darniederlag, auf der Jungfernhöhe wurde ein etwa 40 jähriger Unbekannter ertrunken aufgefunden. — In der Nacht zum Dienstag ist in München ein Tempelbauwerk von 16 Grad eingetreten. Der hellen klaren Winterwetter herrscht eine Kälte von 17 Grad. Seit der letzten Nacht herrscht in München eine harte Kälte. Die Temperatur sank auf 12 Grad unter Null. — Ueber die Ursachen des strengen Frostes wird aus Petersburg wie folgt berichtet: Angehts des in ganz Rußland beobachteten starken Frostes hat die „Petersb. Telegr.-Agentur“ den Direktor des physikalischen Haupt-Oberwachtungs erucht, die Ursachen dieser Erscheinung anzuführen. — Agentur erhielt die Antwort, daß am 18. Januar auf dem nördlichen Eismeer ein starker Ausbruch eingetreten ist, der in ganz Rußland eine stillstehende, hochtrockene Witterung hervorgerufen hat. Ähnliche Bedingungen wurden zuletzt im Jahre 1893 beobachtet. Am 21. Januar überstieg das Barometer in Petersburg 798 mm, was seit 1836 nicht mehr beobachtet wurde. Die üblichen Begleiterscheinungen eines derartigen Ausbruchs treten als ständige Symptome auf dem

Schwarzen und Nordischen Meere und als Schneestürme auf den Sibirien häufig häufig.

(Der Tod des Alderers.) Im Stadthof in Waren bei Stettin töreten zwei Hamburger Jagdpächter einen wildernden Aelcher durch einen Schuß ins Herz.

(Stirichung.) Dienstag morgen wurde im Hofe der königlichen Strafanstalt in Rottbus der Knabenmeister Hermann Vogt 60 500 kg aus Stettin, der am 20. Juni d. J. von Schmutzgericht zum Tode verurteilt worden war, durch den Schlichter Schmitz aus Breslau hingerichtet.

(Das Erdbeben auf Jamaika.) Da die Aufstimmungsgarben in Kingston häufig fortsetzten, haben zwei Banken ihre Tätigkeit wieder aufgenommen und dadurch den Geldmangel gelindert. Mehrere Kaufleute trafen Anstalten, ihr Geschäft vor Ende der Woche wieder zu beginnen. Die elektrische Strombahn hat den Dienst teilweise wieder aufgenommen. In America und Großbritannien sind umfangreiche Materialbestellungen gemacht worden.

(Von Kaffeeläden tot gedrückt.) In einem Schuppen der Kai- und Lagerhaus-Gesellschaft in der Großen Oststraße in Altona stürzte unweit einer großen Stapel schwerer Kaffeeläden tot gedrückt. In einem Schuppen der Kaiserlichen Zollverwaltung in Altona, die Benutzungen der Arbeitsschleppern, den Beschäftigten der entlegenen Lage zu bereiten, blieben erfolglos. Erst mit Hilfe der Feuerwehre gelang es, den Beschäftigten zu bereiten, aber die Hilfe kam leider zu spät. Dem bedauernswerten Manne war durch die gewaltige Last der Bruchstücke eingebrochen worden, er war bereits tot.

(Von Strocheln überfallen) wurde auf der Landstraße bei Wilsden ein Kaufmann, der die Begleiter der 700 Mark behaltend und durch mehrere Messerstücke verletzten. Dann warfen sie den Schmerverletzten vor die Adler seines eigenen Fußwegs. Als Postkutschen hinstellten, entflohen die Begleiter und entkamen unerkannt. Der tödlich verletzte Kaufmann wurde ins Hospital gebracht.

(Im Oderspreekanal ertrunken) ist der 7 jährige Sohn des Kaufmanns Langner aus Wilsden, der die schwache Fische betreiben hatte. Der Knabe war in diesem Winter schon zweimal ertrunken, wurde jedoch in beiden Fällen noch rechtzeitig gerettet.

(Von Dach geholt) hat die Polizei in Berlin den Einbrecher Heinrich Wilhelm. W. war von Hausbesohnern überfallen worden, als er in der Landsberger Straße in die Wohnung eines Arbeiters einsteigen wollte. Er ging aus dem Haus, wurde aber ergriffen wurde. Man räumte aus seiner Einbrüche in der Passauer- und Friedenstrasse ein. Wahrscheinlich hat er noch mehr auf dem Korbloß.

(Bei einem brutalen Überfall) ist in der Nacht zum Montag der 27 jährige Lagerverwalter Harle aus Wilhelmstraße bei Berlin lebensgefährlich verletzt worden. Er wurde auf dem Bahnhof Gesundbrunnen von dem Gürtler Knobel angegriffen und als er sich das verbat, von ihm mit dem Knobel geworfen und mit dem Kopf auf die Steinplatten gestürzt. Dabei erlitt er einen schweren Schädelbruch. Er liegt hoffnungslos im Krankenhaus.

(Die Nachricht von der Strandung des Dampfers „Brinz Eitel Friedrich“) bei Jamaica scheint sich nicht zu bestätigen. Das Marineministerium in Washington hat eine dringliche Weisung vom Admiral Evans aus Guantanamo erhalten, wonach der Dampfer „Brinz Eitel Friedrich“ am Donnerstag nachmittags mit einer Anzahl die Insel verlassender amerikanischer Touristen von Jamaica nach New-York abgegangen sei.

(Kollidiert) sind im englischen Kanal die Hamburger Bark „Gertules“ und die Bremer Bark „Abelade“. Die „Gertules“ wurde bei der Kollision aufgeschnitten und nach Plymouth eingetracht. Die „Abelade“ wurde nur leicht beschädigt.

(Unter Mitnahme von 30 000 Mark) ist, wie die „Allgem. Meißner-Ztg.“ erzählt, die Wartin eines Großschiffbauers in Berlin mit einem jungen Arzt, der sie behandelt hat, verschwunden. Das Reisegeld ist unbedarft.

(Ein Riesenberg.) Der Dampfer „Zeutonia“, der am Mittwoch in Queenstown ankam, brachte die Nachricht von der ereignisreichen Reise des Biermeisters „William Forthingham“ mit der Frau Zeutonia nach Indien unterwegs war. Als sich der Segler südlich von Kap Horn befand, stieg er mit einem Eisberg zusammen. Die Mannschaft mußte das Schiff drei Tage verlassen, während welcher Zeit es völlig von Eise umgeben war. Auf einem Rettungsboot kamen sie aus dem drohenden Eischaufen in die offene See hinaus, und am nächsten Morgen sah ihr Schiff fast in den Eisberg eingeklemmt. Es war ein steiler Berg von 10 englischen Meilen Länge und 1500 Fuß Höhe. Schließlich gelang es der Mannschaft jedoch wieder an Bord zu kommen und ihr Schiff aus der Umklammerung des Eises zu befreien.

(Das Opfer eines blutigen Überfalls) wurde in der Nacht zum Freitag in Berlin der 32 jährige Kaufmann Abdias aus der Fernstraße. A. wurde in der Nähe des Retteldepotens von einigen Burden angegriffen, die darauf mit Messern auf ihn einliefen. Von zwölf Stichen getroffen, brach A. hemmungslos zusammen. Verwundeten ihn nach der Unfallstation. Seine Verletzungen sind jetzt bedeutender Natur. Ob die Täter für Opfer aus bezahlt haben, konnte noch nicht festgestellt werden, da A. noch nicht vernehmungsfähig ist.

(Einen netten Streich) hat die Frau des Schmiedemeisters Gries aus Hoppegarten bei Berlin ihrem Mann gespielt. G. ist vor einigen Tagen unter dem angeblichen Vorwand, den kaiserlichen Posten auf der Schlemmerden Gasse für einen neuen Mann, der zu seiner Legitimation eine Notarur vorgelegt, verhaftet und bis vier Uhr morgens auf den Gassenflur herumgeführt und dann freigelassen worden. Als er heimkehrte, mußte er die peinliche Ueberholung erleben, daß seine Wohnung vollständig ausgeräumt und seine Frau nicht mehr zu Hause zu finden war. Die liebevolle Gattin hatte, um ihren Mann für einen Zeit aus der Wohnung zu entfernen, sich in der Person des Notars Gries einen Gassenflur, einen „Kriminalbeamten“ gemietet und war dann mit den Möbeln ausgerückt.

(Tadel und Terrier.) Der Förster Joseph in Jagdhaus besah ein Fedelpaar von vorzüglichem Eigenschaft, das in glücklicher Ehe lebte. In der vorigen Woche ließ sich der Förster einen sehr klaren Forstterrier zum Sanjog kommen. Schon nach einigen Tagen sah er einen Zeit aus der Wohnung ab, doch konnte die Frau nicht mehr zu Hause zu finden. Er sah den Terrier, der sich ihm zurück. In Abwesenheit des Terrier ließ der Förster die Terrierhündin mit. Als der Tadel nach Hause kam und seine tote Kameradin am Boden liegen sah, ließ er über den Terrier her und zerhiß ihm derartig Hals und Genid, daß er eine Stunde später erlag. Obwohl man ganze Kribel Baijer über die wilden Tiere schüttelte, war es nicht möglich, sie zu trennen. Der Tadel ließ von dem Terrier erst ab, als dieser zusammengebrochen war.

Correspondent.

Bezugspreis Vierteljährlich: Bei Vorzahlung von den Verlagsstellen 1 Mk., monatlich 25 Pf.; durch die Besteller und die Post bezogen 1,20 Mk., durch den Postboten mit Post 1,25 Mk. Einzelnummer 5 Pf.
Gesamt halbjährlich 8 mal wöchentlich halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen; in den Verlagsstellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
eisseitige illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Beilagen oder deren Raum 1. Stadt u. Kreis Merseburg 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Kleinste Anzeigen 25 Pf. Resten pro Seite 20 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Einlagen werden den unteren Geschäftsstelle sowie sämtlichen Annahmestellen entgegengenommen.
Nachdruck anderer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet. Für unerlangte Einblendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 20.

Donnerstag den 24. Januar 1907.

33. Jahrg.

Vom „Niveau“ des Reichstages.

Ebe noch der neue Reichstag beisammen ist, ja sogar ebe er noch gewählt ist, gibt es bereits Leute, denen um sein künftiges Aussehen bange ist. „Der schlichte Mann aus der Werkstätte“, von dem angenommen wird, daß er diesmal nicht nur auf der äußersten Linken des Hauses, sondern auch in den Reihen anderer Parteien sich erheblich zahlreicher als bisher einstellen wird, verursacht gewissen Leuten bereits Befremdungen. So liest man in einem hervorragenden „nationalen“ Blatte: „Einst seien im Reichshaus als Erwählte des Volkes seine berühmten geistigen Führer, die Elite der „Intellektuellen“, versammelt gewesen. Je mehr aber in der Politik die materiellen Interessen in den Vordergrund getreten seien, und je mehr der Ton im politischen Kampfe durch die Schuld der Sozialdemokraten verroht sei, um so mehr hätten sich geistig hervorragende Männer aus dem politischen Leben zurückgezogen, um mit der Zeit zu Führern der großen und immer größer gewordenen „Partei der Nichtwähler“ zu werden. Und gerade der gegenwärtige Augenblick sei dazu angetan, dieses unerfreuliche Thema von dem gesunkenen geistigen Niveau des Reichstages von neuem zu erörtern. Das nationale Blatt bebauert dann insbesondere, daß jetzt allzuheftig statt nach sozialhochstehenden Kandidaten nach dem „schlichten Mann aus der Werkstätte“ gesucht werde, was nicht gerade wünschenswert sei. Denn besser sei es, daß der Mann, dem die Würde eines Reichstagsabgeordneten anvertraut werde, auf einer geistig so hohen Barie stehe, daß er sich den nötigen Überblick über die Gesamtheit der mit einander in Konflikt geratenen Interessen bewahren könne.

Die Klage ist doch wohl nicht berechtigt genug. Der, der solche Befremdungen ausdrückt, überschätzt offenbar den Umfang, in welchem der schlichte Mann aus der Werkstätte im nächsten Reichstage erscheinen wird. Von der sozialdemokratischen Partei sei da natürlich von vornherein abzusehen. Von den übrigen Parteien kommt bekanntlich in der Hauptsache in Betracht das Zentrum. Dieses hat ja mit der Auffstellung von Arbeiterkandidaturen einen großen Anlauf genommen. Aber man darf nicht vergessen, eine erhebliche Anzahl dieser Arbeiterkandidaturen des Zentrums betrifft Wahlkreise, in denen der Sieg des Zentrums noch durchaus nicht als gewiß angesehen werden kann. Weiter aber sind andere Kandidaturen dieser Art vom Zentrum auch bereits zurückgezogen worden. Wir erinnern da namentlich an Dönaner u. s. w. Dort haben die feudalen Herren, die dem Zentrum angehören, und in ihm nach wie vor eine hervorragende Rolle spielen, nicht eher gerubt, als bis Herr Schwedemann auf seine Kandidatur verzichtet hat. Aber selbst wenn wirklich die Zahl der Arbeitermitglieder in den bürgerlichen Parteien wesentlich in dem neuen Reichstage zunehme, so brauchte deswegen von einem „Sinken des geistigen Niveaus“ wohl noch nicht gesprochen zu werden. Man wird nicht vergessen dürfen, daß, wenn schon früher über einen solchen Niveau-Rückgang Klage geführt worden ist und auch tatsächlich geführt werden durfte, so sind daran nicht die Arbeitermitglieder, nicht die schlichten Leute aus der Werkstätte, sondern die Intellektuellen Schuld gewesen. Das wird niemand bestritten wollen, wer sich vergegenwärtigt, in wie ungewöhnlichem Maße im Gegensatz zu den ersten Jahren nach Gründung des neuen deutschen Reiches und zwar so ungefähr seit 1878, bei dem Reichstage die Meinung geherrscht ist, die materiellen Interessen und deren Wahrung in den Vordergrund zu rücken. Das Unrecht hat mit der Zeit sehr Schaden verloren; dieses Wort, das ja auch im Reichstage selber eben-

sowohl bei der Beratung des Zolltarifgesetzes von 1902 wie auch neuerdings bei der Erledigung von Wahlprüfungen wiederholt gefallen ist, hat seine volle Berechtigung. Und den schlichten Leuten aus der Werkstätte, die auf der äußersten Linken des Hauses ja bekanntlich in größerer Anzahl sitzen, darf wenigstens die Anerkennung nicht verweigert werden, daß gerade sie es gewesen sind, die der Wahrnehmung der rein materiellen Interessen, sei es beim Zolltarif, sei es bei der Branntweinsteuer-Gesetzgebung, sei es auch bei der Zuckersteuer-Gesetzgebung oder auch beim Bürgerlichen Gesetzbuch (vide Fahrenschaden!) usw. usw. den größten Widerstand entgegengesetzt haben. Und Hilfe hat ihnen dabei geleistet nur ein Teil der „berufenen geistigen Führer“, nur ein Teil der „Elite der Intellektuellen“. Besser wird es mit dem Niveau des Reichstages dann erst und nur dann werden, wenn auch das Gros der Intellektuellen sich wieder mehr die Wahrnehmung der idealen, und nicht mehr der reinen wie bisher die Wahrnehmung der materiellen Interessen wird angelegen sein lassen.

Zu den Wahlen.

Aus dem Reichstagswahlgesetz.

Das Wahlverfahren, das bei den diesmaligen Reichstagswahlen eingehalten wird, ist zwar schon im Jahre 1903 in Übung gewesen; immerhin dürfte es angezeigt sein, einige Bestimmungen ins Gedächtnis zurückzuführen. Zunächst ist die Wahlzeit gegen früher um eine Stunde verlängert worden; jetzt, wie auch schon 1903, können von 10 Uhr morgens bis 7 Uhr abends Zettel abgegeben werden. Wähler, die zwar vor 7 Uhr im Abstimmungsraum anwesend sind, aber noch nicht gewählt haben, können nach 7 Uhr nicht mehr abstimmen. Wer also trotz des Ganges zur Urne sein Wahlrecht nicht verlieren will, muß dafür Sorge tragen, daß mit dem Schlage sieben sein Zettel abgegeben ist. Bei den Beratungen im Reichstage im Jahre 1903 über die Abänderung des Wahlreglements wurde zwar gewünscht, die um 7 Uhr Anwesenden noch stimmen zu lassen, doch wurde dem Wünsche keine Folge gegeben.

ferne die ge die ge der oder kloßte emög schlag werde eines tischer stande Wahl zettel und Farbe gefchli Un abgefi Kenn sind; Stim Stim enthal Gemä zettel, Stim behalt einhalten. Mehrere in einem umschlag ent zu urch urch ei me abli ster Im men ung eng- bers- dom am- sein der fers lich dem den ab; men des an; en; hore

haltende gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme; in einem Umschlag enthaltene, auf verschiedene Personen lautende Stimmzettel sind ungültig. Stimmzettel, auf denen ein Name durchgeschrieben und ein anderer geschrieben ist, sind gültig. Wahlzettel, die außer dem Namen ein Gebicht enthalten, sind ebenfalls gültig, nur darf das Gebicht keinen Namen enthalten. Unterschriebene Stimmzettel sind ungültig. Die Befügung eines Stimmzettels gilt nicht als ein Vorbehalt gegen den Wahlhelfer, weshalb der sonst erforderliche Stimmzettel gültig ist. Zu den nicht wählbaren Personen gehören u. a. die Landesbesitzer, also auch der deutsche Kaiser, da nur die Regierten, nicht aber auch die Regierenden wählen und gewählt werden können. Der Reichskanzler dagegen oder der Kolonialdirektor z. B., der in den letzten Tagen als Kandidat genannt worden ist, können gültig gewählt werden, nur können diese die Wahl nicht annehmen, solange sie Bundesratsmitglieder sind und also solche wegen des Grundgesetzes der sogenannten Incompatibilität, der in Art. 9 der Reichsverfassung ausgesprochen ist, nicht gleichzeitig dem Bundesrat und Reichstage angehören können.

Wahlberechtigt ist jeder Deutsche männlichen Geschlechts, welcher das 25. Lebensjahr am Wahltag zurückgelegt hat, also spätestens am 25. Januar 1882 geboren ist. Ausgeschlossen von der aktiven Wahlberechtigung sind nur folgende Personen: 1. Personen des Soldatenstandes, des Heeres und der Marine, so lange sich dieselben bei der Fahne befinden; dennoch sind Zahlmeister und Gedanken, nicht aber Jubiläumspolitiker für wahlberechtigt erachtet. 2. Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen. 3. Personen, über deren Vermögen Konkurs gerichtlich eröffnet ist, und zwar während der Dauer dieses Konkursverfahrens. 4. Personen, welche eine Urnenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre, also seit dem 25. Januar 1906 bezogen haben. 5. Personen, denen infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuss der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entscheidung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingesezt sind.

Das Wahlrecht ist auszuüben am Heimatorte, d. h. da, wo man am 28. Dezember oder 4. Januar, d. h. zur Zeit der Aufstellung der Wählerliste wohnt. Wer nach dem 4. Januar verzieht, übt sein Wahlrecht an seinem früheren Wohnort aus.

Ist der Preuze nur in Preußen, der Bayer nur in Bayern u. wahlberechtigt? Nein, jeder Deutsche ist überall wahlberechtigt, wo er seinen Wohnort im Deutschen Reich hat, einerlei, in welchem der 26 deutschen Staaten er staatsangehörig ist. Der Preuze ist also in Bayern, in Sachsen, in Württemberg usw. wählbar und wahlberechtigt. Ebenso natürlich umgekehrt.

Bündler und Konservative gegen einander.

Das Wahlkomitee für den freikonservativen Landtagsabgeordneten Löscher-Neubof, welcher in der Ährprignitz dem konservativ-bündlerischen Kandidaten v. Dallwig gegenübergestellt ist, sagt dem Bund der Landwirte in einem Wahlauftruf folgende Wahrheiten: „Leider wissen viele Bauern noch nicht, daß von ihren sauer verdienten Geldern, die sie an den Bund schicken, meist nur verkrachten Offizieren und Herren vom Adel das Bett gemacht wird. Das ist das Bezelndende für den Bund, daß er eine bürgerliche Kandidatur in ganz gebäffiger Weise bekämpft, während er die

Reichstagskandidat aller liberal gesinnten Wähler ist
Gutsbesitzer Koch = Unterfarnstedt.